

PROTOKOLL DER EINWOHNERGEMEINDEVERSAMMLUNG
VOM MITTWOCH, 28. MÄRZ 2012, 20.00 UHR,
IN DER WEHRLINHALLE

- Traktanden:
1. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2011
 2. Kommunalen Richtplan
 3. Diverses
-

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, begrüsst die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Namen des Gemeinderates zur heutigen Gemeindeversammlung.

Von der Presse begrüsst werden die Herren Georg Schmidt, Basler Zeitung, und Michel Ecklin, Basellandschaftliche Zeitung.

Cedric Fabich ist verantwortlich für die Lautsprecheranlage und die Tonaufzeichnung des Protokolls.

Alle nichtstimmberechtigten Anwesenden werden gebeten, vorne rechts in der ersten Reihe Platz zu nehmen.

Sollte eine Teilnehmerin oder ein Teilnehmer einen Einwand gegen die Geschäftsabwicklung haben, so wird sie oder er gebeten, sofort oder spätestens am Ende des Traktandums Einspruch zu erheben.

Als Stimmzähler werden bestimmt: Ruedi Messerli und Hanni Gerber.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, fragt die Versammlung, ob sie mit der Reihenfolge der Traktanden einverstanden ist. Es wird aus der Versammlung kein Einwand erhoben, es wird darum der vorgesehenen Reihenfolge der Traktanden gefolgt.

Traktandum 1: Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2012

60

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2011 wurde erstellt und vom Gemeinderat geprüft und gutgeheissen. Eine Kurzfassung des Protokolls ist in der Einladung abgedruckt.

A B S T I M M U N G

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

://: DAS PROTOKOLL DER GEMEINDEVERSAMMLUNG VOM 14. DEZEMBER 2011 WIRD GENEHMIGT.

61 Traktandum 2: Kommunalen Richtplan

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zum Traktandum 2 „Kommunaler Richtplan“. Für den Gemeinderat orientiert Gemeinderat Max Furrer. Anschliessend erfolgt die Stellungnahme der Gemeindekommission durch Maria Amrein.

Max Furrer, Gemeinderat, begrüsst die Teilnehmenden.

Bereits im Jahre 2003 hat sich der Gemeinderat mit dem Thema „kommunaler Richtplan“ auseinandergesetzt. Der KRIP war zu jenem Zeitpunkt noch nicht verfügbar und die bestehenden Zonenrichtlinien schienen immer noch zweckmässig zu sein, um die Siedlungsentwicklung zu steuern. Seither hat sich Oberwil weiter entwickelt, der Kantonale Richtplan wurde vom Landrat (mit einer Ausnahme) und schliesslich vom Bundesrat am 8.12.2010 genehmigt und in Kraft gesetzt.

Der Gemeinderat hat sich im Legislaturprogramm 2008 – 2012 zum Ziel gesetzt einen kommunalen Richtplan zu erstellen und damit die zukünftige räumliche Entwicklung der Gemeinde aufzuzeigen. Der Richtplan soll auch die Planungssicherheit über die nächsten 15 – 20 Jahre für die Bevölkerung, besondere Organisationen und Institutionen, Investoren und die Behörden verbessern.

Der heutigen Gemeindeversammlung ist eine Reihe von Veranstaltungen und Publikationen im BiBo vorausgegangen.

- 29.01.2011 Kick-Off Meeting
Kommunale Kommissionen, Ortsparteien, Interessengruppierungen (Hauseigentümerversammlung, Gewerbeverein, Wohnbaugenossenschaft, etc., 70 Teilnehmende).
- 14.05.2011 Feedback-Veranstaltung
Zum Kick-Off Meeting, gleiche Teilnehmer wie im Kick-Off Meeting, Präsentation und Diskussion der Erkenntnisse aus dem Meeting vom 29.01.2011.
- 24.08.2011 Informationsveranstaltung
Zum Entwurf des Oberwiler Richtplans und gleichzeitig Beginn des öffentlichen Mitwirkungsverfahrens.

Mitwirkungsbericht: 35 Eingaben, 151 Anliegen – Mitwirkungsbericht im Internet aufgeschaltet.

Kantonale Vorprüfung (08.12.2011) 33 Anliegen.

Im Verlauf der letzten sechs Wochen hat der Gemeinderat im BiBo in fünf Publikationen die Schwerpunkte der Richtplanung dargelegt, um so unsere Einwohnerinnen und Einwohner über das nicht ganz einfache Thema zu orientieren.

Nun zum kommunalen Richtplan: Er besteht erstens aus zwei Plänen – dem Plan „Siedlung und Landschaft“ und dem Plan „Verkehr“ und zweitens den Objektblättern. Es gibt davon 34. Die Objektblätter legen die Ziele und Strategien eines Planungsbereichs, z.B. „Auslagern der Spielplätze“ fest und definieren den zur Erreichung der Ziele notwendigen Handlungsbedarf. Die 34 Objektblätter zusammen widerspiegeln die Absichten des Gemeinderates zur zukünftigen räumlichen Entwicklung und zu den anzustrebenden öffentlichen Strukturen.

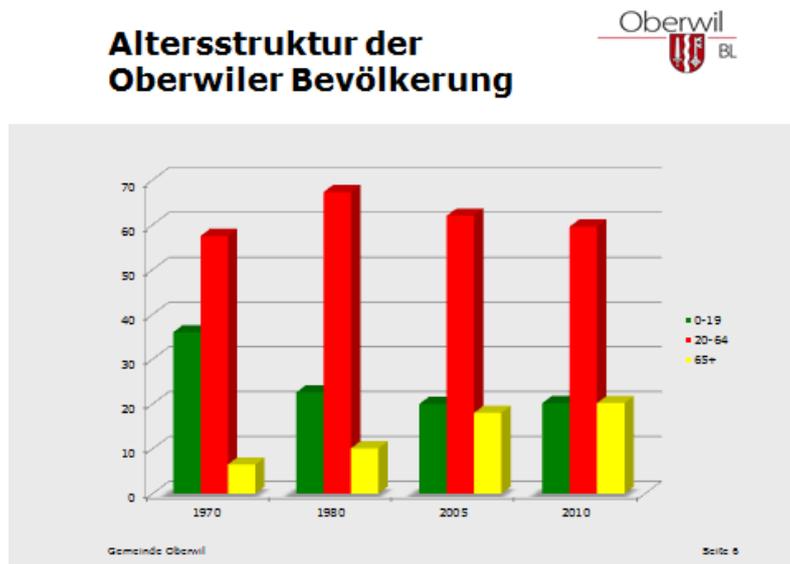
Warum nun ein kommunaler Richtplan für unsere Gemeinde? Dazu gibt es verschiedene Überlegungen. Auf der einen Seite die Bevölkerungsentwicklung, die beachtet werden muss. In den vergangenen Jahren ist die Gemeinde gewachsen, die Bautätigkeit hat sich ebenfalls rasant entwickelt. Ferner haben wir das Problem mit der Mobilität. Der Verkehr hat zugenommen und wir müssen die Landschaft schützen. Und schliesslich soll die Planungssicherheit für die Zukunft sichergestellt werden.

Die Wohnbevölkerung hat in den letzten 25 Jahren um ca. 20% zugenommen. Interessant ist, dass in diesem Zeitraum die Anzahl Haushalte um 47% zugenommen hat.

Mit anderen Worten: 1990 haben in einem Haushalt rund 2,5 Personen gelebt. Im 2011 waren es noch knapp 2 Personen. Dies ist eine relativ starke Reduktion der Anzahl Personen, die in einer Wohnung, respektive einem Haushalt, leben.

1985 hatte die Gemeinde 8'159 Einwohner und Ende Dezember 2011 waren es bereits 10'611. Unsere Planung geht davon aus, dass bis im Jahre 2030 11'500 Einwohnerinnen und Einwohner in der Gemeinde Oberwil leben werden. Natürlich wird der Trend zur Verkleinerung der einzelnen Haushalte weitergehen, so dass wir wahrscheinlich im Jahre 2030 eine Grössenordnung von rund 1,7 Einwohner pro Haushalt haben werden.

Ein anderes Thema, welches uns natürlich auch beschäftigt, ist die Altersstruktur der Gemeinde.



Man sieht die grünen Balken, die sich von 1970 von etwa 35% bis 2010 auf knapp 20% reduzieren. Dies widerspiegelt die Einwohner, welche zwischen 0 und 19 Jahre alt sind. Die gelben Balken zeigen die Zunahme der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und mehr über den gleichen Zeitraum. Mit diesen Zahlen soll auch aufgezeigt werden, dass in unserer Planung und in unserer Politik gute Voraussetzungen für junge Familien geschaffen werden müssen. Der Trend zur Abnahme der jungen Bevölkerung zugunsten der Älteren, soll zumindest teilweise aufgefangen werden. Diese Entwicklung ist nun so und wir werden daran wenig ändern können.

Nachfolgend die Flächen nach Nutzungskategorien in der Gemeinde Oberwil in Hektaren:

Flächen nach Nutzungskategorien in ha



2011 geschätzt

	1994	2006	2008	2011
Gemeindebann	788	788	788	788
Siedlung inkl. Strassen	270	282	282	282
Landwirtschaft	357	347	347	347
Wald	158	154	154	154
Baulandreserve Siedlung*			15	9

* ohne Verdichtungspotential

Im Prinzip hat der Siedlungs- und Strassenbereich, zwischen 1994 und 2006 nur marginal zugenommen. Seit 2006 ist kein Land mehr eingezont worden. Die Landwirtschaft ist ebenfalls konstant mit 347 ha. Zwischen 1994 und 2006 wird eine Änderung von etwa 10 ha aufgeführt. Wichtig für unsere Planung sind die Baulandreserven. Diese sind in den Zahlen des Siedlungs- und Strassenbereichs eingeschlossen. Wenn die Berechnungen stimmen, hat es noch 9 ha nicht-bebautes Land im Siedlungsgebiet.

Für den Richtplan gibt es rechtliche Grundlagen: Im Raumplanungs- und Baugesetz sind die Ziele der Raumplanung generell festgeschrieben (RBG § 3).

Dies sind:

- der haushälterische Umgang mit dem vorhanden Boden
- die geordnete Besiedlung des Landes
- die natürlichen Lebensgrundlagen schützen
- wohnliche Siedlungen erstellen und erhalten
- räumliche Voraussetzungen für die Wirtschaft schaffen
- soziales, wirtschaftliches und kulturelles Leben fördern

Im kantonalen Richtplan (KRIP) gibt es auch eine ganze Reihe von Bestimmungen. Wesentlich ist, dass der KRIP vom 8. Dezember 2010 die Grundlage für die kommunale Planung der Gemeinde Oberwil bildet. Es ist praktisch unmöglich, etwas gegen die Grundlagen und den Rahmen des KRIP zu unternehmen. Der KRIP ist für die Behörden verbindlich, genauso wie auch der eigene Richtplan der Gemeinde. Behördenverbindlich heisst, dass die Bestimmungen, die in den Plänen und den Objektblättern festgesetzt sind, für die Behörden wegweisend sind. Wenn der Gemeinderat also etwas vorlegt, hat er sich grundsätzlich nach den Vorgaben des Richtplanes zu richten. Diese sind jedoch nicht auch für die Bevölkerung verbindlich. Die Gemeindeversammlung entscheidet auch in diesen Fällen immer, ob das Projekt oder das Vorhaben durchgeführt werden soll.

Der kommunale Richtplan wird im Raumplanungs- und Baugesetz BL (§ 14-17 RBG) geregelt. Der Zeithorizont ist 2030. Der Richtplan ist auch die Grundlage für den Nutzungsplan. Das entspricht dem eigentlichen Zonenplanungsprozess, welcher die Zonenvorschriften beinhaltet. Im kommunalen Richtplan soll auch die Landschaft und der Verkehr aufeinander abgestimmt, resp. koordiniert werden.

Der Richtplan ist als Paket auf der Homepage der Gemeinde einsehbar und kann heruntergeladen werden. Er setzt sich wie eingangs erwähnt zusammen aus den Grundsätzen der Planung, den beiden Richtplänen – der eine für Siedlung und Landschaft, der andere Verkehr.

Zum vorliegenden kommunalen Richtplan gehören ausserdem 34 Objektblätter, das eigentliche Kernstück. Die Objektblätter zeigen auf, was der Gemeinderat will und wie er die Entwicklung unserer Gemeinde sieht und welche Aktionen er im Hinblick darauf vornehmen möchte.

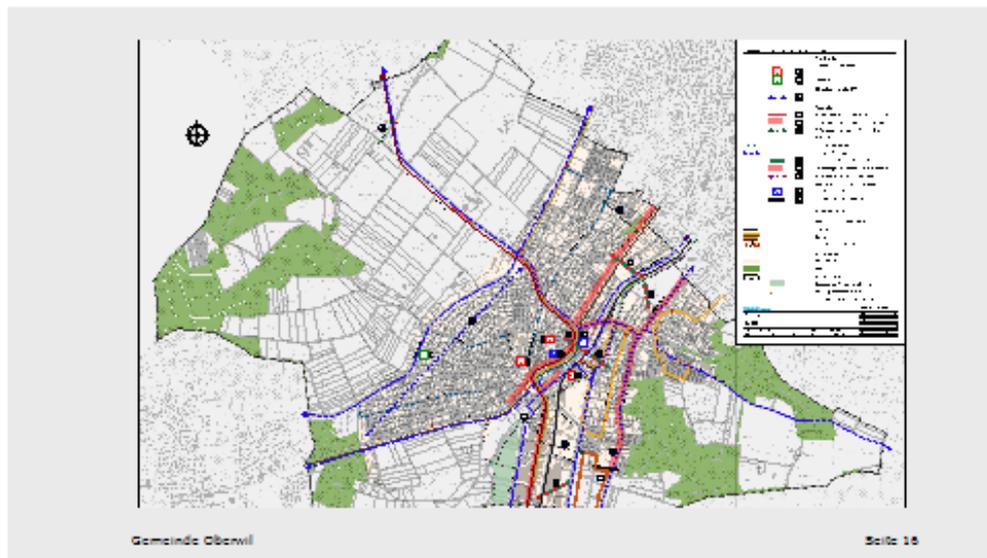
Der Gemeinderat hat sich Ziele vorgegeben, bevor er den Planungsprozess eingeleitet hat. Diese sind:

- Ein massvolles, überschaubares Wachstum bis 2030 von durchschnittlich ca. 0,5% pro Jahr. Das bedeutet immerhin von jetzt 10'600 auf 11'500 Einwohner, also rund 900 Einwohnerinnen und Einwohner mehr.
- Umzonungen von ÖWA (Öffentliche Werke und Anlagen) in WG (Wohn- und Gewerbegebiete) haben Priorität vor Neueinzonungen. Das Einzonnen von Landschaftsgebiet in Siedlungsgebiet ist nur in einer besonderen, ausserordentlichen Situation angedacht.
- Eine möglichst gut durchmischte Bevölkerungsstruktur. Es soll Jedermann in unserer Gemeinde Platz haben. Dies ist auch deshalb wichtig, da sich unsere Bevölkerungsstruktur laufend verändert.
- Die bestehenden Bauzonenreserven, die 9 ha, die vorher erwähnt wurden, sollen zuerst einmal genutzt werden, bevor man überhaupt an weitere Einzonungen denkt.
- Verdichtetes Bauen in der Nähe des öffentlichen Verkehrs und in der Talsohle.
- Bei den Bebauungen soll dafür gesorgt werden, dass mittels Quartierplänen ausreichend grüne Zonen erstellt werden können.

Dann hat sich der Gemeinderat vorgenommen

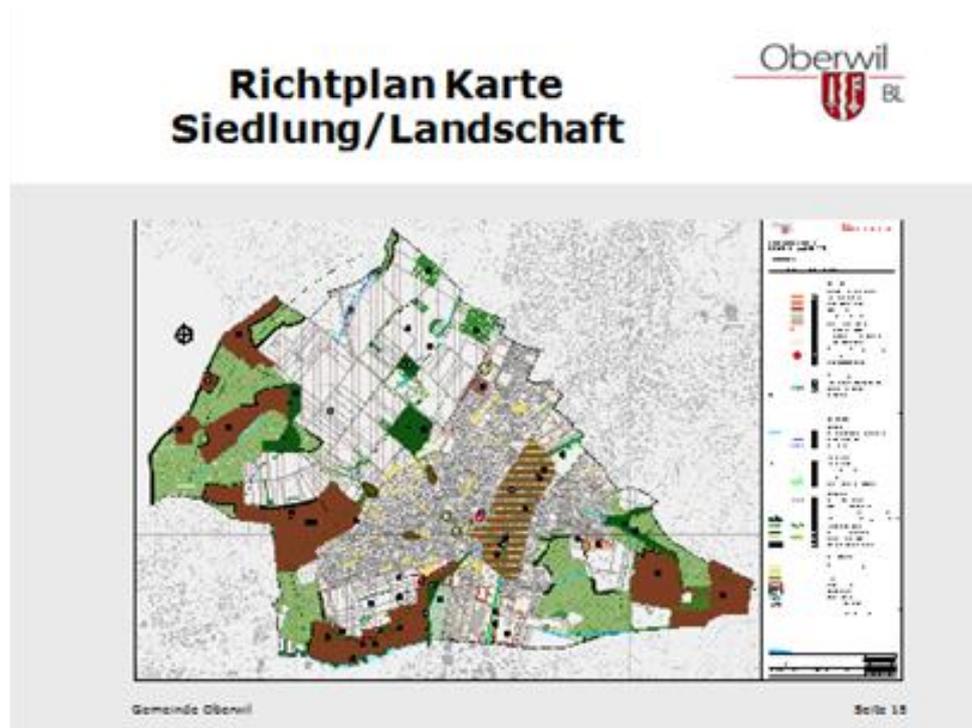
- den Durchgangsverkehr im Zentrum zu entlasten.
Dies ist eine sehr ambitionöse Zielsetzung. Aber es muss daran gedacht werden und es müssen Lösungen gefunden werden, damit das Zentrum der Gemeinde vom Durchgangsverkehr entlastet werden kann.
- den Dorfkern und das Zentrum umzugestalten: es sollen mehr Orte der Begegnung werden. Es soll gewisse Verbindungen zwischen den einzelnen Kernbereichen unserer Gemeinde – Dorfkern, Zentrum und Eisweiher - geben.
- die Erschliessungslücken zu beheben. Das sind vor allem Überlegungen, das Vorderbergquartier und auch die Therwilerstrasse mit dem öffentlichen Verkehr zu erschliessen.
- sichere Strassen für Fussgänger und Radfahrer zu schaffen.
- ausreichende Parkierungsmöglichkeiten im Zentrum zu schaffen.

Richtplan-Karte Verkehr



Wenn man die Planungsvorgaben für die Landschaft und die Landwirtschaft betrachtet, so sind dies auch eine ganze Reihe von Überlegungen, die sich der Gemeinderat gemacht hat. Nämlich

- die Qualität der Landschaftsräume soll erhalten bleiben.
- die Fliessgewässer sollen aufgewertet werden; also der Marbach und der Birsig. Den Birsig renaturieren, teilweise freilegen.
- die Biodiversität soll erhalten und gefördert werden – ein ganz klares biologisches Ziel setzen.
- die Landschaftsräume fördern und vernetzen.
- die Existenzgrundlagen unserer Landwirtschaft erhalten und sichern.
- die Fruchtfolgeflächen – das sind die ganz speziell wertvollen Böden – sollen erhalten bleiben und nicht für etwas anderes als für den Ackerbau verwendet werden.
- keine Förderung von Intensivlandwirtschaft in Gewächshäusern - ein anderer, vielleicht problematischer, aber wichtiger Punkt.



Dies waren soweit die Vorgaben des Gemeinderates. Zusammenfassend legt Max Furrer nochmals die wichtigsten Punkte und Eckpfeiler der Planung dar. Es sind dies

- die Umnutzung des Eisweihers und die Verlegung der Sportplätze in die Entenwuhr
- die Umzonung der ÖWA Gebiete Hohestrasse und Löchlimatt
- das Gewerbegebiet Mühlematt als Arbeitsplatzgebiet halten und dort keine weiteren Grossverteiler ansiedeln lassen
- die Gestaltung des Strassenraumes zur Förderung der Lebensqualität der Bevölkerung = freundlicher, einladender, attraktiver.
- Erschliessung der Quartiere Vorderberg und entlang der Therwilerstrasse durch den öffentlichen Verkehr.
- Naturschutzgebiete ergänzen und langfristig sichern.
- Landschaftsschutzgebiete im zukünftigen Zonenplan neu festlegen und sichern, d.h. soweit wie möglich freihalten von Bauten und Anlagen innerhalb des Landschaftsgebietes.
- grundsätzliches Freihalten des Vorranggebietes Landschaft für die landwirtschaftliche Nutzung. Dies ist eine Auflage, die auch im Kantonalen Richtplan enthalten ist (KRIP L 14).

- Vernetzungskorridore erhalten und fördern.
- Grundlagen für energiebewusste Raumplanung schaffen.

Nun zu den einzelnen Objektblättern:

SIEDLUNG - Umnutzung des Eisweihers. Das ist das Gebiet zwischen dem Marbach und dem Birsig und geht hinunter bis zu den Schulhäusern. In der Planung ist vorgesehen, dass dieses Eisweiergebiet früher oder später bebaut wird; allerdings nicht dicht bebaut, sondern so, dass zwar ein Wohngebiet entsteht, aber mit ausreichend grossen Grünflächen, mit Begegnungsräumen. Wesentlich ist auch, dass dort beispielsweise ein Markt platziert werden kann, etwa der vierteljährliche Oberwiler Markt. Die Zugänge zu den beiden Bächen sollen gesichert werden. Das ist wichtig, denn es sind auch ökologische Vorgaben einzuhalten

Oberwil
BL

Eisweier umnutzen

Verwaltung zentralisieren

Gewässer im Siedlungsgebiet sichern

Fließgewässer aufwerten

•Entwicklung eines Wohngebiets (primär Familienwohnungen)

•Sicherstellung eines grosszügigen öffentlichen Begegnungsraumes

•Zugänge zum Birsig und Marbach werden gesichert

Gemeinde Oberwil

Seite 20 20

Dies ist das Projekt 1, der Eisweier.

ÖWA Gebiet Löchlimatt



Das nächste ist die **Umnutzung des ÖWA-Gebietes Löchlimatt**. Dies ist das Gebiet hinter dem Feuerwehrlokal. Dieses Gebiet könnte umgezont werden in Wohngebiet. Es müsste allerdings dafür gesorgt und beachtet werden, dass auch der Zugang zum Birsig freigehalten wird und die Gewässerabstände eingehalten werden können. Das Problem ist, dass dieses Land nicht der Gemeinde gehört, so dass es einige Zeit dauern würde, bis eine solche Planung realisiert werden könnte.

Das nächste Projekt ist die **Umnutzung der ÖWA-Parzelle an der Hohenstrasse**. Dort hat es eine relativ grosse Parzelle, welche im Rahmen der Überbauung des Bertschenackers freigehalten worden ist. Dieses Gebiet gehört der Gemeinde Oberwil und könnte umgezont werden in eine Wohnzone. Dies wäre eine Variante, um zusätzlichen Raum für Wohnungen für Familien schaffen zu können. Es wäre vorstellbar, dass die Gemeinde dieses Land im Baurecht abgeben könnte.

ÖWA-Gebiet Hohestrasse



Verlegung der Sportplätze in die Entenwuh.

Das ist das Gebiet hinter Coop Megastore und der Migros, gegen das Ufer des Birsig. Hier ist vorgesehen, immer noch innerhalb des Siedlungsgebietes, das mittels öffentlichem Verkehr einfach zu erreichen ist, die Sportplätze dort unter zu bringen. Es ist ein relativ grosses Projekt, das bestimmte Anforderungen stellt. Deshalb wird der Gemeinderat einen Masterplan ausarbeiten mit Betriebs- und Gestaltungskonzept. Selbstverständlich wird eine solche Planung nur zusammen mit den Betroffenen, wie Fussballclub, Turnverein, etc, erarbeitet.



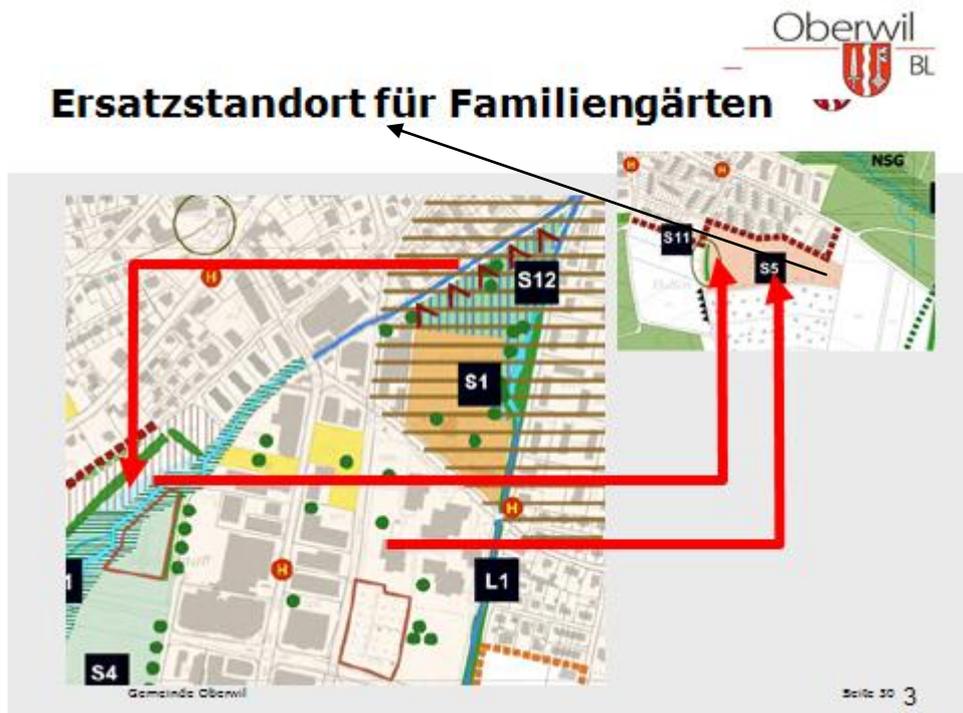
Sportplätze in die Entenwuh

- grosse ÖWA-Fläche im Entenwuh mit genügend Platz für Sport- und Freizeitanlagen (mit Erweiterungspotential)
- Ausarbeitung eines Masterplans mit Betriebs- und Gestaltungskonzepts
- Einbezug der Interessen der verschiedenen Vereine



Ersatzstandort für Familiengärten

Der neue Standort für die Familiengärten wäre in der Lättenmatte. Dort könnten noch weitere Familiengärten untergebracht werden. Es betrifft vor allem die Leute von der Feldstrasse, die einen Platz suchen müssten. Max Furrer ist der Überzeugung, dass genügend Kapazitäten vorhanden sind, um die Bedürfnisse abdecken zu können.



Siedlungserweiterung Wilmatt

Das Gebiet Wilmatt liegt an der Gemeindegrenze neben dem Areal der Pensionskasse Baselland, welche dort zwei Wohnblöcke baut. Dieses Gebiet ist heute Landwirtschaftsgebiet, welches irgendwann eingezont werden könnte. Dies wäre jedoch die letzte Variante, die der Gemeinderat suchen würde um den Siedlungsraum zu erweitern. Erst wenn der Bedarf für eine solche Umzoning wirklich nachgewiesen ist und keine andere Möglichkeit besteht, würde eine solche Umzoning vorgenommen.

Siedlungserweiterung Wilmatt

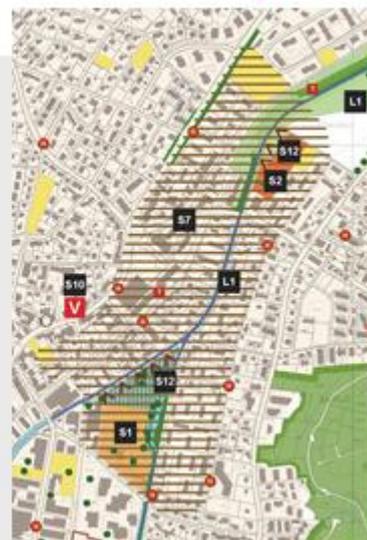


Verdichten des Siedlungsgebietes in der Talsohle

Es betrifft dies das Gebiet zwischen der Binnergerstrasse / Hauptstrasse und Bottmingerstrasse / Therwilerstrasse. Dort eignet sich das Überbauen in einem verdichteteren Modus ganz speziell. Es ist noch nicht festgelegt in welcher Grössenordnung die Verdichtung stattfinden soll, wesentlich ist aber, dass in den Verdichtungsplänen in jedem Fall dafür gesorgt wird, dass genügend Freiflächen behalten werden. Es sind höhere Bauten vorgesehen, aber dafür soll auch mehr Grünfläche sichergestellt werden.

Siedlungsgebiet in der Talsohle verdichten

- qualitativ hochstehende Verdichtung im Gebiet mit guter ÖV-Erschliessung zulassen
- Studie zur Verdichtung für Zonenplanung erarbeiten (versch. Verdichtungsmassnahmen sowie deren Auswirkungen aufzeigen)



Gemeinde Oberwil

Seite 34 34

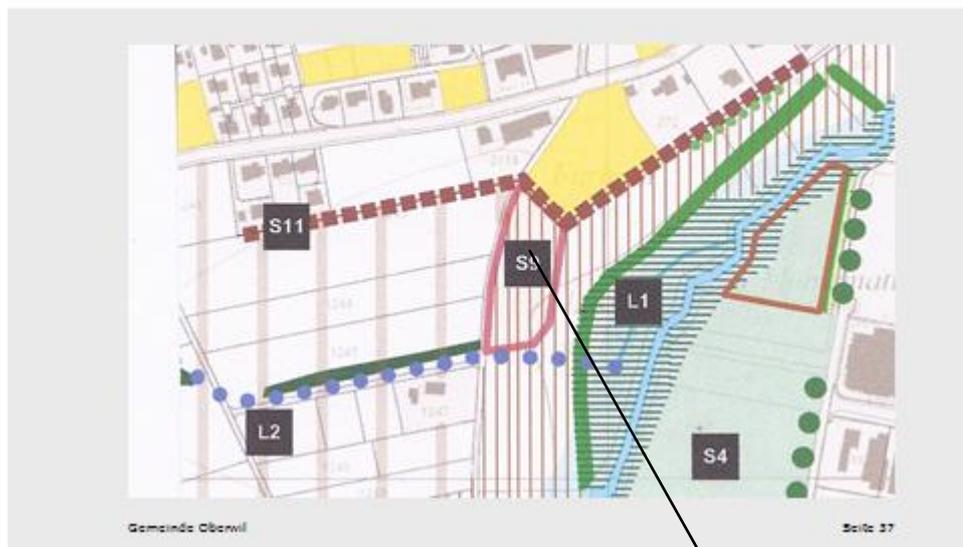
Die bauliche Dichte überprüfen

In der letzten Zeit wurde festgestellt, dass die heutigen Zonenrichtlinien mittlerweile etwas undifferenziert sind und dass man im Rahmen der Zonenplanung die baulichen Richtlinien neu überdenken muss. Es wird sicher nicht alles freigegeben werden können, aber der Gemeinderat wird sich überlegen, ob gewisse Massnahmen oder Korrekturen an den heutigen Zonenvorschriften notwendig sind.

Nutzungstransfer im Gebiet Hinterbergweg

Dieses Gebiet ist heute als Bauland eingezont und ragt komplett in den Landwirtschaftsbereich hinein. Es soll geprüft werden, ob dieses Gebiet gegen bestehendes Bauland ausgetauscht werden könnte. Es ist nicht festgelegt wie, resp. wo, doch soll dieses Baugebiet transferiert und aus diesem Gebiet wieder Landwirtschaftsgebiet gemacht werden. Dies ist eine der Überlegungen. Das Projekt ist nicht ganz einfach, es wird auch Zeit brauchen und ist nicht in den nächsten paar Jahren realisierbar. Man sieht heute, wie dieses Gebiet fast quer in der Landschaft liegt. Es ist sicher nicht gedacht, dass dort voll überbaut werden sollte.

Nutzungstransfer Gebiet Hinterbergweg



heute W2b

Zentralisierung der Verwaltung

Dies ist ein Anliegen, welches auch schon verschiedentlich diskutiert worden ist, vor allem im Zusammenhang mit den Finanzplänen. Voraussichtlich soll die Verwaltung zentralisiert werden. Die Verwaltungsabteilungen befinden sich heute an mindestens vier verschiedenen Orten, wenn man den Werkhof nicht dazu zählt. Es wäre sinnvoll, wenn die ganze Verwaltung in einem Haus untergebracht wäre, was auch die Kommunikationswege verkürzen und die Zusammenarbeit noch mehr fördern würde. Die Meinung ist, dass die neue Verwaltung im Bereich des heutigen Standortes sein soll, in jedem Fall aber im Zentrum der Gemeinde. Auch dies ist natürlich ein Projekt, welches eines Tages der Gemeindeversammlung in seiner gesamten Tragweite vorgelegt werden wird.

Siedlungsbegrenzungslinien

Es ist im Richtplan vorgesehen, dass dort, wo die Grenze zwischen Siedlung und Landschaft verläuft, dafür gesorgt ist, dass diese auch natürlich eingehalten wird.

Die Gewässerzugänge, vor allem zum Marbach und zum Birsig, sollen gesichert werden.

Gewerbegebiet Mühlematt

Am 9. Januar 2012 hat der Gemeinderat eine Planungszone beschlossen und auch entsprechend publiziert. An der Versammlung der Landeigentümer vom 24. Januar 2012 hat der Gemeinderat über die zu erreichenden Ziele orientiert. Während fünf Jahren werden gewisse Bauvorhaben nicht beantragt und bewilligt werden können, insbesondere solche von Grossverteilern und Fachmärkten. Vor Ablauf dieser Frist muss das weitere Vorgehen definitiv entschieden werden. Die Meinung des Gemeinderates ist eindeutig diese – das ist auch in einer vom Gemeinderat veranlassten Verkehrsstudie zum Ausdruck gekommen –, dass das Gewerbegebiet Mühlematt nicht durch Grossverteiler weiter belastet werden soll. Hauptsächlich soll dafür gesorgt werden, dass nicht noch mehr Verkehr durch Oberwil fließt.

Diese Planungszone ist koordiniert mit der Gemeinde Therwil und auch entsprechend publiziert worden. Soweit Max Furrer informiert ist, sind bisher fünf Beschwerden gegen diesen Entscheid eingegangen.

Verkehr - Strassenraumgestaltung

Dies betrifft hauptsächlich den Dorfkern, das Zentrum und den Eisweiher. Die Anforderung dabei ist, dass man diese Gebiete besser miteinander verbinden, erschliessen und vernetzen kann. Gleichzeitig soll aber auch die Strassengestaltung, zum Beispiel die Hauptstrasse, jedes Mal wenn sich eine Gelegenheit ergibt, so gestaltet werden, dass mehr Raum auch für Fussgänger geschaffen wird. Damit soll eine verbesserte Situation erreicht und eine wohnlichere und fussgängerfreundlichere Hauptstrasse in der Zentrumszone geschaffen werden.

Strassenraumgestaltung



- Aufwertung des Strassenraumes zur Förderung der Lebensqualität
- Förderung des Langsamverkehrs (Fussgänger und Velofahrer) unter spezieller Beachtung der Bedürfnisse von mobilitätsbehinderten Menschen sowie Kindern und Betagten



Parkplätze im Zentrum

Zu diesem Projekt gibt es eine ganze Reihe von Überlegungen. Es sind zwei Massnahmen geplant: Einerseits soll der Parkplatz des Coop im Zentrum unter den Boden verlegt werden und an dieser Stelle gemäss dem bestehenden, gültigen "Quartierplan Zentrum" ein Dorfplatz entstehen. Zudem wurde auch die Überlegung gemacht, bei der Planung eines Verwaltungsneubaus auch ein öffentliches, unterirdisches Parkhaus miteinzubeziehen und somit auch so die Parkplatzprobleme zu entschärfen.

Im Objektblatt ist auch das Parkraumreglement erwähnt. Hier ist die Gemeinde ja schon dem Richtplan vorausgegangen indem sie ein solches Reglement erlassen hat. Dieses ist so gestaltet, dass, je nachdem wie sich die Entwicklung zeigt, die Parkplatzordnung auch anderen, grösseren Bedürfnissen Rechnung tragen kann.

Parkplätze im Zentrum



•Tiefgarage im Quartierplan Zentrum umsetzen (Coop)
-> Parkplatzkonzept

•Tiefgarage im Zusammenhang mit zentralem Verwaltungsneubau prüfen
-> Parkplatz-Synergien?

Oberirdische Parkplätze beim Coop

Eventuell öffentliche Einstellhalle beim Verwaltungsneubau planen

Gemeinde Oberwil

Seite 44 44

Verkehrsmanagement

Das ist wahrscheinlich das schwierigste Thema im ganzen Quartierplan. Die Meinung ist, zu versuchen, den Verkehr dosiert und kontrolliert durch das Dorfzentrum zu führen. Eventuell muss die Einführung eines „Tropfenzähler“-Systems, geprüft werden. Auf jeden Fall müssten die benachbarten Gemeinden sehr eng zusammenarbeiten. Max Furrer glaubt aber, dass es wichtig ist, sich diesen Überlegungen nicht zu verschliessen. Das Ziel, den Dorfkern zu entlasten, ist sehr wichtig und wie das schliesslich gelöst werden kann, ist noch nicht bekannt. Aber zusammen mit den Nachbargemeinden wird eine gute Lösung gefunden werden können. Ein Beispiel, wie es in Baden ist, ist hier aufgeführt. Es beruht auf einem ganz komplexen, computergesteuerten System



Verkehrsmanagement

- Verkehrsmengen in unempfindlichen Räumen ausserhalb der Siedlung zurückstauen.
- Verkehrsmengen dosiert durch das Zentrum führen.
- gemeinsame Lösungen mit den Nachbargemeinden suchen.

Seite 45 45

Verbindungsstrasse Langegasse

Hier ist das Ziel, das Quartier Langegasse/Talstrasse vom Verkehr zu entlasten, indem man die Verbindungsstrasse von der Langegasse zur Kantonsstrasse – der Therwilerstrasse –, für den Verkehr erstellt.

Verbindungsstrasse Langegasse



Verbindungsstrasse

Landschaft/Landwirtschaft

Hier müssen verschiedene grundsätzliche Überlegungen gemacht werden: Für den Bereich Landschaft und Landwirtschaft sind im Wesentlichen das Bundesgesetz, das Kantonale Raumplanungs- und Baugesetz sowie der Kantonale Richtplan massgebend. Innerhalb dieser Vorgaben muss auch der kommunale Richtplan für Oberwil erstellt sein. Bei der Zonenplanung, also wenn ins Detail gegangen wird, muss dann überlegt werden, wie gewisse Situationen entschärft werden können.

Der Kantonale Richtplan hält fest, dass die Gemeinden in der Nutzungsplanung für Bauten und Anlagen der Landwirtschaft und des produzierenden Gartenbaus spezielle Landwirtschaftszonen festlegen können, soweit der Bedarf nachgewiesen ist. Man muss hier bedenken, dass der Zonenplan Landschaft der Gemeinde Oberwil aus dem Jahr 1980 stammt. Er ist also 32 Jahre alt und entspricht den heutigen Anforderungen natürlich nicht mehr. Eine Revision des Zonenplanes Landschaft ist sehr dringend, sobald der kommunale Richtplan Oberwil über die Bühne gegangen ist.

Der KRIP hält ebenfalls fest, dass eine Zonenausscheidung in den folgenden, im Richtplan ausgeschiedenen Gebieten nicht zulässig ist:

- Vorranggebiet Natur
- Vorranggebiet Landschaft
- Siedlungstrenngürtel
- Freiräume Fliessgewässer

Die Gemeinden sichern das Landwirtschaftsgebiet mit ihrer Nutzungsplanung.

Es gibt eine ganze Reihe von Projektblättern, welche die Landwirtschaft betreffen. Es sind dies:

- Aufwerten der Fliessgewässer Birsig und der Marbach.
- Bäche ausdolen, d.h. freilegen:
Der Fraumattbach, der bereits ausgedolt worden ist, und auch der Weihermattbach, der ebenfalls einmal freigelegt werden könnte.
- Naturschutzgebiete
Bestehende Naturschutzzonen sichern. Diese sind auch in den Zonenplänen Landschaft aufgeführt. Diese sollte man selbverständlich erhalten, sichern, pflegen, erweitern soweit möglich. Es gibt natürlich Überlegungen zum Naturschutz. Naturschutzgebiete gibt es bei der Ziegelei und in der Nähe der Landesgrenze.

- Vorranggebiete Landschaft und Landschaftsschutzgebiete
Dies sind besonders schöne und besonders wertvolle, schützenswerte Landschaftsgebiete, die im Zonenplan festgelegt, bzw. gesichert wurden, und damit nicht für Bebauungszwecke verwendet werden sollen. Vielmehr sollen grosse, zusammenhängende Landschaftsgebiete erhalten und unterstützt werden, damit auch ein rationeller Landwirtschaftsbetrieb geführt werden kann.
- Baumgruppen, Hohlwege und Obstbaumgebiete
Es gibt wertvolle Hohlwege und Bepflanzungen in interessanten Gebieten innerhalb der Gemeinde. Diese sollen erhalten und geschützt werden, indem sie in die Liste der kommunalen Schutzobjekte aufgenommen werden.
- Vernetzungskorridore fördern
Dies ist ein Anliegen hauptsächlich des Naturschutzes. Die Vernetzungskorridore sollen die Ausbreitung von verschiedenen Tier- und Pflanzenarten sicherstellen und unterstützen. Es sollen auch Hecken innerhalb des Siedlungsgebietes erhalten bleiben. Barrieren sollen, wo möglich, aufgehoben werden. Im kommunalen Richtplan sollen die wichtigsten Korridore dargestellt werden.

Max Furrer hat einige der Objektblätter nicht behandelt, es sind dies:

- Obstbaugebiete sichern
Die Idee ist, dass dafür gesorgt wird, dass auch Hochstämme nicht einfach wegkommen; ein wichtiges und interessantes Anliegen – auch für den Naturschutz.
- Hecken und Feldgehölze erhalten
Hier besteht ein Zusammenhang mit den Vernetzungskorridoren.
- Artenreiche Waldränder fördern
Hier hat die Gemeinde ein Entwicklungsprogramm.
- Artenreiche Wiesen fördern.
- Rebberge am Bernhardsberg erhalten.

Objektblatt Energie

Die Gemeinde ist auf dem Weg zur Energiestadt. So ist es auch sinnvoll, wenn in den Planungen und Überlegungen daran gedacht wird, wie die Energiebedürfnisse abgedeckt werden können. Deshalb wird es auch wichtig sein, eine Organisation wie den WOT (Wärmeverbund Oberwil-Therwil), an welchem die Gemeinde massgeblich beteiligt ist, so zu gestalten, dass er besser zur Wirkung kommt und schliesslich auch eine bessere Ertragslage erzielen kann.

Soweit die Objektblätter. Max Furrer kommt auf die drei öffentlichen Veranstaltungen zu sprechen, in denen die Aspekte erarbeitet wurden, die der Versammlung heute präsentiert worden sind.

Im Rahmen der Vernehmlassung zum Richtplanentwurf vom 24. August 2011 bis zum 30. September 2011 wurden 35 Eingaben gemacht mit 151 Anliegen. Der Gemeinderat war über diese Reaktion sehr erfreut. Max Furrer dankt der Bevölkerung, dass sie sich mit diesem Thema auseinandergesetzt und sich Zeit genommen hat zu überlegen, welche Punkte von Wichtigkeit sind und wo sie Anregungen und Hinweise hat, so dass der Richtplan besser ausgestaltet werden kann.

Es hat auch Eingaben oder Anliegen und Informationen seitens des Kantons gegeben. Der Gemeinderat hat den Richtplan dem Kanton am 8. Dezember 2011 zur Vorprüfung gegeben. Es sind hier 33 Anliegen platziert worden. Ein Teil davon hatte eher formalen Charakter und keinen sachlichen. Es handelt sich um gewisse Punkte, die eventuell anders gruppiert oder formuliert werden sollten. So sind jetzt zum Beispiel beim Naturgefahrenschutz aufgrund dieser Informationen, dort wo es sinnvoll ist, Anpassungen gemacht worden.

Soweit der Richtplan. Wie geht es nun weiter? Zunächst muss die Gemeindeversammlung den Richtplan genehmigen. Dann muss die 30tägige Referendumsfrist abgewartet werden. Der Regierungsrat muss den Richtplan ebenfalls genehmigen. Dann kann die Organisation für die Revision der Zonenpläne „Siedlung“ und „Landschaft“ festgelegt und durchgeführt werden. Max Furrer dankt der Versammlung für ihre Aufmerksamkeit.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, dankt Max Furrer für seine Ausführungen. Maria Amrein orientiert für die Gemeindekommission.

Maria Amrein, Gemeindekommission, begrüsst die Anwesenden. Sie ist sehr froh, dass die Bevölkerung seit Januar 2011, also von Anfang an, mit einbezogen worden ist, aber auch dass, diese Chance von so vielen wahrgenommen worden ist. Die Aula des Gymnasiums war fast voll. Das war eine sehr kreative Phase. Die vorgebrachten Anliegen wurden ernst genommen. Der Gemeinderat hat sie nach Prioritäten geordnet und in einen zeitlichen Ablauf gebracht. Im Echoraum, im Mai 2011, ist von Interessierten aus der Bevölkerung der angepasste Plan überprüft worden. Ein langer Weg. Damit war aber auch die Aufgabenverteilung ganz klar. Die Bevölkerung wählt am Schluss die Gestaltung der Zukunft. Der Gemeinderat koordiniert die planerische Entwicklung. Denn zu einem Richtplan gehört, dass er für den Gemeinderat verbindlich ist und damit die Steuerung koordiniert und zweckmässig eingesetzt wird. Die Bevölkerung kann diesen Plan jederzeit weiterentwickeln, allenfalls andere Ideen realisieren und die Prioritäten ändern. Die Leute geben jetzt klar eine Richtung vor. Mit diesem Richtplan, bei dem es noch nicht um genaue Nutzungsziffern, Gebäudehöhe oder exakte Strassenführungen geht, ist zwar noch nichts verbaut, aber die Weichen sind gestellt. Die Bevölkerung bekennt sich ganz klar zum Grossraum Basel, aber gleichzeitig wird die ihr anvertraute Landschaft von ihr wertgeschätzt und geschützt. Wie es dann genau, zum Beispiel mit den Zonenplänen oder z.B. der Ausgestaltung des Eisweiherareals geht, dazu wird es Extravorlagen geben und es wird jeweils einzeln diskutiert und separat beschlossen werden.

Mit diesen Gedanken ist die Gemeindekommission der Meinung, dass dieser Richtplan eine gute Basis für die Zukunft der Bevölkerung von Oberwil ist und schlägt der Gemeindeversammlung mit 10:0 Stimmen mit einer Enthaltung vor, diesen Plan zu genehmigen.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, dankt Maria Amrein. Sie geht davon aus, dass die Versammlung viele Fragen zum Thema hat und schlägt vor, das Buch der Objektblätter durchzugehen, so dass die jeweiligen Fragen direkt dazu gestellt werden können. Beschlossen wird heute die Richtung, in welche der Gemeinderat gehen will.

Damit die Versammlung heute einen Abschluss finden kann, wäre Lotti Stokar froh, wenn die Anwesenden mit ihren Voten immer die Flughöhe etwas im Auge behalten könnten. Deshalb fragt sie die Versammlung ob das, was der Gemeinderat präsentiert und vorschlägt, in etwa die richtige Richtung ist oder ob die Anwesenden dies überhaupt nicht so sehen. Das ist es, worüber abgestimmt werden kann. Anträge können gestellt werden, wenn bei bestimmten Punkten gegenteilige Meinungen bestehen. Der Zeitrahmen zur Umsetzung des Richtplanes ist nicht schon morgen, sondern erstreckt sich bis zum Jahr 2030. Also damit wird sich nicht nur der heutige Gemeinderat, sondern noch manche Gemeinderäte danach und noch manche Gemeindeversammlungen nach der heutigen, damit befassen können. Daher ist es wichtig, dass nicht die Meinung vorherrscht, dass schon jetzt jedes Detail geregelt oder besprochen werden muss. Sondern es ist wichtig, dass der Gemeinderat von der Gemeindeversammlung „Feedback“, ein klares Signal erhält, welches die richtige Richtung ist. Falls dem nicht so ist kann diese Richtung mit einer Abstimmung geändert werden. Jetzt ist das Wort für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gemeindeversammlung offen.

Vielleicht als Erstes: Gibt es generelle Voten zum Eintreten? Aus dem Schweigen der Versammlung nimmt Lotti Stokar an, dass die Versammlung eintreten will, und kommt deshalb zur Sachdiskussion. Gibt es Voten genereller Art zu diesem Richtplan? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Lotti Stokar geht darum über zum Objektblatt S1A/S1B, Umnutzung des Gebietes Eisweiher. Hier ist angedacht, wie es Max Furrer schon gesagt hat, dass man in erster Linie die Sportplätze verlagert und dann eine Neugestaltung vornimmt.

Das gibt mehr Platz zum Wohnen, es gibt aber vor allem auch Platz für mehr Fläche im Zentrum, welches grüner als heute sein soll. Darüber soll dann eine Studie in Auftrag gegeben werden. Es wird dann Vorschläge gegeben, aus denen man sieht, in welche Richtung es gehen wird. Gibt es zur Grundsatzidee - Eisweiher umnutzen und soll dies geprüft werden – ein Votum?

Pascal Steinemann: Der Richtplan hat viele positive Elemente. Es gibt immer mehr Menschen, die in Oberwil wohnen. In den letzten Jahren war es so und in der Zukunft noch mehr. Das heisst aber auch, dass es in den letzten Jahren immer mehr Sportbegeisterte gegeben hat und diese Entwicklung wird noch zunehmen. Mit anderen Worten: der Fussball benötigt zusätzlichen Platz. Das ist heute schon so, und wenn noch mehr Menschen in Oberwil wohnen, wird der Bedarf an Fussballfeldern noch mehr zunehmen. Es ist richtig, dass man zusätzliche Felder sucht für Fussball und Sport. Aber es hat alles seine Nachteile. Man sieht dies im Objektblatt S 4. Die zusätzlichen oder ersatzweisen Sportfelder sollen zwischen Migros und COOP entstehen. Pascal Steinemann macht sich persönlich wegen der Sicherheit Sorgen. Er arbeitet in einem Beruf, in dem er immer wieder mit Verbrechen konfrontiert wird, und wenn man einen Sportplatz in ein Gewerbegebiet verlegt, muss man sich bewusst sein, dass dort alle Altersklassen spielen gehen – Erwachsene, aber auch Jugendliche und Kinder. Am Anfang werden sie noch begleitet, aber wenn sie einmal ein gewisses Alter haben, wenn sie acht Jahre alt sind, dürfen sie auch allein dorthin gehen. Im Herbst und auch im Frühling ist es dunkel und ein solches Gewerbegebiet ist nicht gross beobachtet.

Pascal Steinemann ist der Meinung, dass man mindestens für die Jugendlichen die Sportplätze auf dem Eisweiher stehen lassen sollte, auch wenn man hinter der Migros die zusätzlichen Plätze erstellt. Es ist auch für die Erwachsenen ein Sicherheitsproblem, aber die Jugendlichen sind besonders gefährdet. Sein Antrag lautet deshalb, das Objektblatt S1A/S1B so umzugestalten, dass die Plätze mindestens teilweise erhalten bleiben. Es ist ja kombiniert mit der Natur.

Man könnte dem ganzen Gebiet „Natur und Spiel“ sagen. Er kann sich auch vorstellen, dass dieser Sportplatz öffentlich zugänglich ist, wenn Jugendliche abends noch Lust haben, dass sie frei dort spielen können. Heute müssen ja ziemlich strikt Pläne erstellt werden, wer wann dort spielen darf. Denn der Rasen ist strapaziert und deshalb kann dort nicht beliebig oft darauf gespielt werden, sonst gibt es dort einen Acker und bald keinen Rasen mehr. Pascal Steinemann denkt auch, dass die Bevölkerung, die im Tal wohnt, es auch verdient, einen gewissen Freiraum zu haben und sich etwas austoben kann, denn es ist ja eine sinnvolle Beschäftigung. Dies führt zu seinem Antrag, wie er ihn schon erwähnt hat.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat hat in seinen Zielen festgehalten, dass es auf dem Eisweiher Platz haben soll für Wohnen und Freiraum entlang des Birsig, einen öffentlich aktiv genutzten Raum also als lebendigen Ort der Begegnung für Alt und Jung. Aber so wie Lotti Stokar Pascal Steinemann verstanden hat, soll ein richtiger Fussballplatz bleiben, so wie er heute ist. Sie fragt ob dies die Idee sei.

Pascal Steinemann: Wie es dann ganz konkret ausgestaltet wird, das ...

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Fussballspielen wäre schon drin ...

Pascal Steinemann: Nein, mein Antrag ist, dass auf die Überbauung verzichtet wird und es dann dort ein grosszügiges Gebiet hat, wo man verweilen kann. Denn es wohnen so viele Menschen dort, die auch etwas Freiraum benötigen.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Also Sportplatz anstelle einer Überbauung?

Pascal Steinemann: Sport und Natur. Man kann dort auch Bäume pflanzen, usw. Einfach, dass die Überbauung nicht stattfindet, weil es diesen Freiraum braucht.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, dankt Pascal Steinemann für sein Votum. Sie fragt nach weiteren Anträgen zum Eisweiher und ob es Diskussionsbeiträge zum Antrag von Pascal Steinemann gibt. Sie erkundigt sich bei Max Furrer, ob er etwas hinzufügen will.

Max Furrer, Gemeinderat schickt voraus, dass die Entenwuhr, auf der anderen Seite von Migros und Coop, erstens einmal genug Platz bietet, auch um die zukünftigen Bedürfnisse für die Sportanlagen abdecken zu können. Er sieht auch kein entstehendes Gefahrenpotential. Normalerweise besetzen die Vereine die Sportplätze, und nicht einzelne Spieler, die abends wieder nach Hause gehen. Es sind Sportplätze und keine Begegnungszonen. Solche Begegnungszonen sollen auf dem Eisweiher entstehen und gesichert werden. Das sind zwei verschiedene Situationen, denen Rechnung getragen werden muss.

Freddie Vogelsanger, möchte dem Votanten, der vorher den Antrag gestellt hat, einfach sagen, dass es südlich des Hüslimatt-Schulhauses, Richtung BLT Depot schon heute einen grossen Fussballplatz hat, den man für den Zweck nutzen kann.

Marie Louise Rickenbacher, Vorstandsmitglied FC Oberwil: Der FC Oberwil (FCO) hat vor allem eine soziale Kompetenz, nämlich den Kindern zu ermöglichen, in ihrem Dorf Fussball spielen zu können. Der FCO hat zwischen 13 und 15 Juniorenmannschaften; d.h. es spielen rund 300 bis 400 Kinder im Club. Und für den FCO ist jedes Kind, das beim Verein Fussball spielt, ein Kind weniger, das auffällig wird.

Der Zeitplan, der dem FCO vorgegeben worden ist betreffend Verlegung vom Eisweiher in die Entenwuhr, beträgt fünf Jahre. Der Club will dabei sichergestellt haben, dass er, bevor irgendetwas beim Eisweiher gemacht wird, die Möglichkeit hat, den Kindern in der nächsten Generation das Fussballspielen zu ermöglichen. Das heisst bevor etwas auf dem Eisweiher geändert wird, muss die Entenwuhr zur Verfügung stehen.

Bedenken in Bezug auf die Entenwuhr bereitet dem Vorstand die Tatsache, dass es dort in den vergangenen Jahren immer wieder Überschwemmungen gegeben hat. Wie soll dieses Problem gelöst werden und wie wird das Parkplatzproblem gelöst? Wird mit den Grossverteilern Kontakt aufgenommen und nachgefragt ob diese bereit sind, Parkplätze zur Verfügung zu stellen? Denn man muss sich im Klaren sein, dass samstags teilweise vier bis fünf Spiele stattfinden. Wenn Turniere ausgetragen werden mit den Piccolo, finden sieben Spiele mit sieben Auswärtsmannschaften statt, und diese wiederum bringen auch die Eltern mit.

Max Furrer, Gemeinderat: Es ist selbstverständlich, dass die Entenwuhr bereit steht, bevor Bauarbeiten am Eisweiher eingeleitet werden. Betreffend den Parkmöglichkeiten geht der Gemeinderat davon aus, dass die Parkplätze der Grossverteiler benutzt werden können. Es werden auch sonst gewisse Flächen für diesen Zweck frei gehalten, so dass es genügend Parkplätze haben wird. Jetzt ist noch nicht der Moment für die Entscheidung, wie das gehandhabt wird. Aber man kann davon ausgehen, dass dem Parkplatzproblem Rechnung getragen wird.

Hans Binggeli, bittet die Gemeindepräsidentin Lotti Stokar zuerst zu erklären, was genau dies eigentlich soll. Für ihn ist, wenn über den Richtplan abgestimmt wird, dieser entweder verbindlich, wenn er angenommen wird, oder er wird zurückgewiesen. Was Lotti Stokar jetzt tut, ist eine Diskussion darüber zu führen, was allenfalls geändert werden sollte, ohne dass es konkrete Anträge gibt. Hans Binggeli bittet um eine Erklärung zum genauen Ablauf.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin nimmt diese Fragen gerne entgegen. Sie hat sich beim Kanton klar erkundigt, wie eine solche Abstimmung gemacht wird, d.h. wozu überhaupt Anträge gestellt werden können und wozu nicht. Es sind dies jene Punkte auf jedem Objektblatt bei den Zielen und beim Handlungsbedarf. Zum Inhalt und der Richtung, die der Gemeinderat einschlagen will, dürfen Anträge gestellt werden. Der Antrag von Pascal Steinemann ist genauso ein klassischer Fall.

Wenn die Anwesenden bei der Abstimmung sagen, sie wollen anstelle der Überbauung weiterhin einen Fussballplatz, dann kommt dies auf das Objektblatt anstelle des anderen. Soweit kann abgestimmt werden. Lotti Stokar fragt Hans Binggeli, ob jetzt alles klar ist.

Hans Binggeli: Jetzt ist alles klar.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Vorhin gab es noch zwei Wortmeldungen. Sie fragt ob diese noch aktuell sind oder sonst könnte über den Antrag abgestimmt werden.

Herr Stauffer, fragt einfach: Löchlimatt und Entenwuhr, dies sind Naherholungsgebiete. Welchen Ersatz erhält die Bevölkerung? Und was wird das alles kosten? Wenn samstags Fussballmatches stattfinden, sollen die Grossverteiler ihre Parkplätze zur Verfügung stellen. Wie sollen die Grossverteiler davon überzeugt werden, dass an einem Samstagmorgen eintausend Leute deren Parkplätze benötigen?

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin dankt Herrn Stauffer und weist darauf hin, dass heute auch keine eintausend Parkplätze zur Verfügung stehen und dennoch Fussballspiele stattfinden. Zudem ist das Gebiet ziemlich gross, viel grösser als es gebraucht wird. Es ist ÖWA-Zone und von daher sicher ein geeigneter Ort, um Fussball zu spielen. Der FCO braucht mehr Platz, auf dem Eisweiher ist der zur Verfügung stehende Platz heute schon zu klein.

Urs Zimmermann möchte zu bedenken geben, dass dieses Gebiet dort hinten verkehrsmässig heute schon überlastet ist. Jetzt sollen dort noch Sportplätze gebaut werden, wo an einem Samstag, wenn es sowieso viele Leute hat, noch mehr Menschen hinkommen. Wie soll das bewältigt werden? Urs Zimmermann ist dafür, dass dort keine Sportplätze hinkommen.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Wie gesagt, das Verkehrskonzept muss später erstellt werden. Es kann dann nochmals darüber abgestimmt werden, sobald die konkreten Pläne zur Verfügung stehen.

Dann kann aufgezeigt werden, wie die Lösungen angedacht sind. Lotti Stokar kommt zur Abstimmung über den Antrag von Pascal Steinemann, statt einer Überbauung weiterhin ein Fussballfeld auf dem Eisweiher zu erhalten.

A B S T I M M U N G

://: Mit 78:49 Stimmen und 13 Enthaltungen wird der Version des Gemeinderates betreffend Objektblatt S1A/S1B – Umnutzung Gebiet Eisweiher prüfen - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zum nächsten Objektblatt S2, Umnutzung ÖWA-Gebiet Löchlimatt prüfen. Dieses Gebiet ist bereits heute Zone für Öffentliche Werke (ÖWA-Zone), das Land gehört jedoch nicht der Gemeinde. Es ist aber Land, das, wenn nötig, als Bauland freigegeben werden könnte, wenn die Gemeinde keine Notwendigkeit für eine Anlage für die Öffentlichkeit sieht. Vorgesehen ist, in dem Zeitpunkt, in welchem das Land umgenutzt werden soll, zu prüfen, ob es ein solches Bedürfnis für die öffentlichen Werke noch gibt oder nicht. Sie fragt nach Wortmeldungen zu diesem Punkt.

Rudolf Mohler, ehem. Gemeindepräsident hat sich Jahrzehnte lang mit diesem Thema befasst und er versteht den Antrag des Gemeinderates schlicht und einfach nicht. Die Gemeinde hat über Jahrzehnte keine Chance gehabt, dieses Land erwerben zu können.

Vorne auf dem Podium sitzt heute ein Gemeinderat, der vor ein paar Jahren mit ihm in Bottmingen an einem Küchentisch gesessen hat und ebenfalls weiss, dass keine Chance bestanden hat. Aber es soll heute ein Richtplan beschlossen werden. Es wird weder einen Landerwerb noch einen Verkauf und auch keine Umzonung geben. Es wird ein Richtplan beschlossen. Dieser hat sehr lange zeitliche Dimensionen.

Und wo hat denn die Gemeinde Oberwil noch irgendein vernünftiges Areal in vernünftiger Erreichbarkeit, um für pro futuro öffentliche Werke realisieren zu können. Und wo idealer als dort, wäre es in der Gemeinde möglich? Rudolf Mohler hält den Antrag des Gemeinderates für falsch und beantragt der Versammlung diesen abzulehnen.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, fragt die Versammlung nach Voten zu diesem Punkt.

Max Furrer, Gemeinderat, möchte festhalten, dass im Objektblatt steht, dass erst, nachdem geprüft worden ist, ob die Gemeinde Bedarf hat für ÖWA-Zonen zur Diskussion gelangt, ob dieses Gebiet zu überbauen ist oder nicht. Dass es problematisch ist, das Land zu erwerben, weiss der Gemeinderat. Da muss man eben abwarten, vielleicht gibt es verschiedene Wege.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Beim Antrag von Rudolf Mohler geht es darum dass schon gar nicht darüber nachgedacht wird, aus der ÖWA-Zone in diesem Gebiet einmal Wohnzone zu machen, sondern dass es einfach ÖWA-Zone bleibt. Sie fragt Rudolf Mohler ob dies so stimmt.

Rudolf Mohler, ehem. Gemeindepräsident: Genau so meint er es.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit 67:29 Stimmen und 37 Enthaltungen wird der Version des Gemeinderates betreffend Objektblatt S2 – Umnutzung Gebiet Löchli-matt - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, möchte die Anwesenden, die anders denken, trösten: Sie werden sicher nochmals Gelegenheit haben, darüber abzustimmen, bevor es definitiv wird, nämlich im Rahmen der Nutzungsplanung.

Lotti Stokar kommt zu S3, Umnutzung ÖWA-Zone Hohestrasse prüfen. Lotti Stokar nimmt an, dass die meisten Anwesenden nicht gewusst haben, dass die Gemeinde an der Hohestrasse/Bertschenacker noch Bauland besitzt, welches ÖWA-Zone ist. Hier geht es auch darum, ob geprüft werden soll, ob dieses Gebiet in Wohnzone umgenutzt werden kann. Sie fragt nach Anträgen oder Wortmeldungen zu diesem Punkt. Da dies nicht der Fall ist, kommt sie sofort zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr : 0, bei einigen Enthaltungen wird der Version des Gemeinderates betreffend Objektblatt S3 – Umnutzung ÖWA-Zone Hohestrasse prüfen - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zu S4, Auslagerung der Sportplätze Eisweiher. Dieser Punkt ist schon im Einzelnen besprochen worden. Sie fragt an, ob es noch eine Wortmeldung hierzu gibt. Dies ist nicht der Fall. Lotti Stokar kommt daher zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit 93:28 Stimmen bei 13 Enthaltungen wird der Version des Gemeinderates betreffend Objektblatt S4 – Sportplätze Eisweiher Auslagern - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zu S5, Ersatzstandort für Familiengärten. Für den Fall, dass es einmal nötig würde die heutigen Familiengärten in der Entenwuhur und/oder hinter dem Hüslimatt-Schulhaus zu verlagern, würde der Richtplan eine Möglichkeit vorsehen, bei der Lättenmatte ein entsprechendes Areal zu erschliessen. Auch dies ist einfach eine Idee, in welche Richtung geplant werden könnte. Sie fragt die Anwesenden nach Anträgen. Das ist nicht der Fall und sie gelangt sofort zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr bei einigen Enthaltungen wird der Version des Gemeinderates betreffend Objektblatt S5 – Ersatzstandort für Familiengärten - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zu S6, Siedlungserweiterung Wilmatt. Das ist das Gebiet zwischen Oberwil und Therwil entlang dem Veloweg, zwischen Veloweg und Therwilerstrasse, als letzte mögliche Reserve für die Erschliessung eines Wohnquartieres, wenn wirklich dringender Bedarf nachgewiesen ist, wie Max Furrer dies bereits erläutert hat. Sie fragt nach Wortmeldungen.

Diego Bucheli hat eventuell etwas nicht ganz verstanden: Es wurde gesagt, man solle Landwirtschaftszonen schützen – und das ist ja eine Landwirtschaftszone. Warum muss dieses Gebiet nun umgezont werden? Deshalb stellt Diego Bucheli den Antrag, auf eine Umzonung zu verzichten.

Max Furrer, Gemeinderat: Es ist sehr klar zum Ausdruck gebracht worden, dass dies die einzige Variante, die einzige Möglichkeit ist, welche die Gemeinde noch hätte, auf einigermaßen vernünftige Art und Weise Bauland zu erschliessen. Sicher ist das etwas, das der Gemeinderat zu allerletzt ins Auge fassen würde. Max Furrer findet es aber falsch, wenn diese Möglichkeit schon jetzt verwehrt würde. Die Zeiten ändern sich, die Bedürfnisse ändern sich und vielleicht wäre man einmal froh, man hätte diese Reserve noch.

Nach Max Furrers Auffassung wird dieses Projekt sicher in den nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahren noch nicht zur Diskussion stehen, aber wenn es einmal soweit ist, sollte man darüber reden können und man sollte dann an einer Gemeindeversammlung darüber entscheiden, ob das dann sinnvoll ist. Das ist eigentlich alles, was der Gemeinderat erreichen will.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Es gibt noch eine Wortmeldung.

Markus Löliger: Die Zeiten ändern sich, aber das muss jetzt nicht entschieden werden. Er denkt, auch der Kanton achtet darauf, dass die Dörfer untereinander noch getrennt wahrnehmbar sind. Es ist dies zwischen Therwil und Oberwil fast nicht mehr der Fall, wenn man die Mühlemattstrasse ansieht. Es wäre nämlich die einzige Möglichkeit, wo man einfach sagen kann, es gibt ein Oberwil, es gibt ein Therwil.

Dazwischen ist einfach eine kleine Grünzone, es ist eine Abgrenzung erkennbar. Markus Löliger denkt nicht, dass dies jetzt freigegeben werden sollte. Wenn denn in dreissig Jahren die nächste Generation das wünscht, kann das immer noch anders gemacht werden. Markus Löliger beantragt, dass die Siedlungserweiterung Wilmatt herausgenommen wird, in dem Sinne wie er gesagt hat.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: In eigentlichen Sinn wurde jetzt kein Antrag gestellt, sondern es wurden Voten dafür oder dagegen abgegeben. Die Versammlung hat Gründe dafür und dagegen gehört, so dass abgestimmt werden kann.

A B S T I M M U N G

://: Mit 92:45 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird der Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt S6 – Siedlungserweiterung Wilmatt - abgelehnt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zum Objektblatt S7, Siedlungsgebiet in der Talsohle verdichten. Hier geht es darum, dass der Gemeinderat vom Kanton den Auftrag hat, verdichtetes Bauen entlang der Tramlinie in der Talsohle zu fördern.

Das ist das Blatt, welches dies übernimmt und dann aber sagt, dass der Gemeinderat genauer überprüfen will, wie das überhaupt siedlungsverträglich durchgeführt werden kann. Es braucht selbstverständlich eine Ausgewogenheit zwischen Grünraum und Verdichtung. Gibt es hierzu eine Wortmeldung?

Pascal Steinemann: Die Versammlungsteilnehmenden haben sicher alle den Plan angesehen. Es ist vorgesehen, in der Talsohle, also einem relativ grosszügigen Gebiet, eine Verdichtung vorzusehen. Verdichtung, das tönt schön.

Aber wenn man jedes Haus höher baut, breiter, länger, dann wohnen ja auch mehr Menschen darin, und Pascal Steinemann geht davon aus, dass nicht ausschliesslich Fussgänger und Velofahrer nach Oberwil zügeln wollen, sondern auch Autofahrer. Oberwil hat heute schon Verkehrsprobleme, die an die Kapazitätsgrenze kommen. Menschen, die im Tal wohnen, haben es auch verdient, dass sie etwas Platz haben um sich zu bewegen, zum Spielen, um x Sachen machen zu können. Je mehr Menschen auf kleinem Raum sind, desto mehr Konflikte gibt es auch und desto weniger frei fühlt man sich. Es gibt, nach Pascal Steinemanns Meinung, keine Notwendigkeit, dass man die Bevölkerungszahl steigert und steigert. Es gibt halt irgendwo eine Grenze. Die Fläche von Oberwil wird nicht grösser. Pascal Steinemann beantragt, auf diese Verdichtung zu verzichten.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Gibt es weitere Voten hierzu?

Albrecht Schneider: Er wohnt seit siebzehn Jahren mit seiner Familie in Oberwil. Er schliesst sich diesem Antrag an. Denn er ist ebenfalls der Meinung, dass eine Verdichtung in diesem Bereich in diesem Moment nicht in Frage kommt. Oberwil ist in der grotesken Situation, dass bereits einzelne Wohngebiete, Quartiere, sich ausschliessen, sich dem allgemeinen Verkehr verschliessen.

Die Verdichtung als solche hält er im Moment nicht für angebracht. Erst muss die Infrastruktur in Oberwil so wieder auf Vordermann gebracht werden, dass die bestehenden Bedürfnisse zuerst einmal abgedeckt werden.

Erst dann kann über eine Verdichtung geredet werden, also über mehr Haushalte. Diese Verdichtung hat einen Umfang von 400-500 Haushalten. Das sind 400-500 zusätzliche Personenwagen. Und Albrecht Schneider sieht einfach keine Bereitschaft seitens der Bevölkerung, diese zusätzliche Belastung im Moment aufzunehmen.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Gibt es Voten hierzu?

Andi Herbst: Die Gemeinde kommt wahrscheinlich nicht darum herum. Sonst verliert sie Einwohner und das hat weitgehende Konsequenzen für das Gemeindeleben. Denn der Trend zu weniger Leuten in mehr Wohnraum wird in Zukunft vielleicht abgeschwächt, aber er wird immer noch stattfinden. Das heisst, ohne bauliche Verdichtung gibt es weniger Einwohner mit weitest gehenden Konsequenzen auf die Infrastruktur, etc. Die Gemeinde kommt nicht darum herum. Diese Entwicklung zu steuern, ist die Aufgabe des Richtplanes; darauf ist die Vorlage des Gemeinderates ausgerichtet. Auch ist Andi Herbst der Ansicht, dass wahrscheinlich auch auf Parzellen verdichtet werden muss, die nicht genau in diesem Bereich sind. Sonst können diese Bevölkerungsziele nicht gehalten werden, sonst geht es mit der Bevölkerungszahl retour. Es gibt Gemeinden, in denen das schon passiert. Das ist keine gute Sache.

Claude Scheidegger empfindet diese Abstimmung als eine der ganz schwierigen. Vorher hat die Gemeindeversammlung beschlossen, keine weitere Zone für Wohnnutzung auszugliedern. Er hat auch dafür gestimmt, dass man das nicht macht, ist also dagegen gewesen. Auf der anderen Seite ist bekannt, dass die Bevölkerung zunimmt. Dies scheint ihm gerade die Quadratur des Kreises.

Irgendwie muss die Bevölkerung aufgenommen werden, die kommt, und er denkt, es geht dies nur über ein Verdichtungskonzept. Auf der anderen Seite ist er auch der Meinung, dass man das Verkehrsproblem, gerade in der Talsohle, auch angehen muss. Aus diesem Grund stellt er einen Ergänzungsantrag.

Er ist der Meinung, dass man diese Verdichtung unterstützen soll, aber sie soll gekoppelt sein an grosse Bemühungen des Gemeinderates, dass man sie bezüglich Verkehrsaufkommen neutral gestaltet, d.h. dass die Verdichtung eigentlich unter einer Kontrolle des Verkehrsflusses stattfinden soll.

Diego Bucheli möchte einfach etwas provokativ fragen: Was wäre, wenn der Gemeinderat einfach sagen würde, die nächsten fünf Jahre soll die Gemeinde nicht mehr wachsen, und man stellt nicht mehr zur Verfügung.

Zuerst soll das, was man hat, einmal auskosten werden. So kann man vielleicht die Verdichtung weiter nach hinten schieben. Er glaubt, wenn das Angebot kleiner wird in Oberwil, dann drängen auch nicht mehr so viele Menschen nach hierhin. Oberwil ist ein interessantes Gebiet und er möchte nicht das, was bis heute erreicht wurde, geschwächt wird mit noch mehr und noch mehr. Er hat bald das Gefühl, überall herrscht „Dagobertismus“. Es muss immer mehr und mehr und mehr werden. Aber über die Kosten, wie viel das alles in den nächsten dreissig Jahren kosten wird, und welche Steuersätze es werden sollen in den nächsten dreissig Jahren, darüber hat noch keiner dort vorne etwas gesagt. Und darüber bin schon etwas konsterniert.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Nochmals eine Wortmeldung.

Diego Bucheli denkt, eine Gemeinde sollte sich nicht über Grösse definieren sondern über Qualität. Und wenn jetzt von Verdichtung geredet wird, geht es um siebenstöckige Häuser, die schliesslich dorthin kommen, und er denkt, das macht die Wohnqualität aus in Oberwil.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Wir sind jetzt lauter Experten über Verdichtung. Es gibt sehr gute Beispiele von sehr guten Verdichtungen, und es ist hier klar gesagt, es soll eine qualitativ hochstehende Verdichtung sein. Dies heisst, die Qualität wird auf jeden Fall geprüft. Es wird auch verlangt, dass aufgezeigt werden soll, welches die Auswirkungen auf Siedlung, Umwelt und Verkehr sind.

Daraus schliesst Lotti Stokar, dass das schon enthalten ist, dass man, wenn dann ein Zonenplan erarbeitet ist, darin sieht, bei welchen Parzellen dies überhaupt möglich ist. Der Gemeinderat hat aufgezeigt, welche Folgen das für den Verkehr hat. Dies kann man also nicht zusätzlich hineinnehmen, das ist eigentlich schon drin.

Max Furrer, Gemeinderat: Der Gemeinderat will nicht, dass die Gemeinde um jeden Preis wächst. Vielmehr hat er die Limiten festgelegt. Das sind die 11'500 Einwohner, welche in etwa vorgesehen sind.

Anhand dessen soll dann auch die Siedlung bebaut werden. Verdichten heisst nicht einfach, dass man ein Hochhaus neben dem anderen baut, sondern die Meinung ist, dass wenn man höher baut, auch Freiräume geschaffen werden. Dies ist ein ganz wichtiger Punkt und dies ist in diesem Objektblatt auch so festgehalten. Verdichten soll man dort, wo eben diese Verkehrsinfrastruktur besteht. Wir haben einen 7½ Minuten-Takt beim Tram, also etwas Besseres kann man sich wahrscheinlich gar nicht mehr vorstellen. Wir haben Busverbindungen, dort wo sie notwendig sind. Max Furrer glaubt auch nicht, dass die Leute, die in ein solches Gebiet ziehen, partout mit dem Auto nach Basel zur Arbeit fahren wollen. Denn auch dort wird die Verkehrsproblematik immer prekärer werden, wenn alle diese Pendler nach Basel gehen. Seiner Meinung nach könnte man natürlich die Augen verschliessen und sagen, vielleicht haben wir dann halt keinen Platz, wenn neue Einwohner zu uns kommen. Max Furrer weiss auch nicht, wie man das dann macht, wenn man eine Familie hat mit mehr Kindern, was ja eigentlich angestrebt wird. Was macht man dann mit den Kindern wenn Überbauungen nicht mehr wachsen dürfen.

Wir wollen eine Verjüngung der Gesellschaft in der Gemeinde, wollen aber den Platz dafür nicht zur Verfügung stellen. Max Furrer empfiehlt der Versammlung, den Verdichtungsplänen, so wie sie jetzt festgehalten sind, zuzustimmen – sie sind nicht definitiv und auch nicht konkret, sondern man wird sich überlegen was passt und was passt nicht.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Sie fragt Claude Scheidegger ob er an seinem Antrag festhalten will, was dieser bejaht und kommt sodann zu Abstimmung darüber.

Claude Scheidegger: Also damit es klar ist: Sein Abänderungsantrag geht in die Richtung, dass man dem Plan nur zustimmen kann, wenn der entsprechende Plan verkehrsneutral umgesetzt wird. Das heisst, es wird garantiert, dass kein zusätzliches Verkehrsaufkommen damit verbunden wird. Es gibt autofreie Quartiere. Natürlich ist der öffentliche Verkehr von seinem Antrag ausgenommen.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Also meint Claude Scheidegger ohne Verkehr?

Claude Scheidegger: Verkehrsneutral – gleich viel wie jetzt.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Wer dem Zusatzantrag von Claude Scheidegger zustimmen will, soll das bitte mit der Hand zeigen.

A B S T I M M U N G

://: Mit 88:24 Stimmen bei 18 Enthaltungen wird der Zusatzantrag von Claude Scheidegger betreffend Objektblatt S7 – Siedlungsgebiet in der Talsohle verdichten - abgelehnt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin kommt zur Abstimmung des Objektblattes S7. Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, dass das Siedlungsgebiet in der Talsohle verdichtet werden soll und dass das Projekt mit einer qualitativ hochstehenden Studie geprüft werden und innerhalb von zwei bis fünf Jahren mit einer neuen Zonenplanung der Gemeindeversammlung vorgelegt wird. Wer dem zustimmen will, soll das bitte mittels Handerheben zeigen.

A B S T I M M U N G

://: Mit 91:39 Stimmen bei 7 Enthaltungen wird der Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt S7 – Siedlungsgebiet in der Talsohle verdichten - angenommen

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zu S8, Bauliche Dichte überprüfen. Dies geht jetzt etwas in die umgekehrte Richtung. Die Versammlungsteilnehmenden kennen den Zonenplan der Gemeinde wie er im Moment besteht und man möchte überlegen, ob dieser eventuell etwas korrigiert werden müsste, so dass die Dichte der W2b, die überall praktisch gleich ist, etwas mehr differenziert würde. Gibt es hierzu Wortmeldungen? Das ist offenbar nicht der Fall. Lotti Stokar kommt zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit 106:6 Stimmen und einigen Enthaltungen wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt S8 – Bauliche Dichte überprüfen - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zu S9, Nutzungstransfer Siedlungsgebiet Hinterbergweg. Hier geht es um den Nutzungstransfer Gebiet Hinterbergweg in Richtung Fraumatt, wo man sich überlegt, ob man das Wohngebiet, die dortige Wohnzone mittels Verhandlungen verlegen kann. Gibt es Wortmeldungen dazu?

Herr Nussbaum hat jetzt grundsätzlich anhand dieses Siedlungsplans und von den Diskussionen her feststellen müssen, dass man sämtliche Nutzungsflächen, die die Gemeinde bis jetzt noch hat, oder Erholungszonen, dass man diese einfach grundsätzlich verbauen will. Er ist einfach grundsätzlich dagegen. Er findet, von ihm aus gesehen ist das nicht in Ordnung. Und wie er von verschiedenen Seiten auch schon gehört hat, ist man zum Teil auch dagegen, dass Oberwil noch mehr Einwohner haben muss. Ja, wie viele wollen wir eigentlich? Die Leute müssen alle noch einen Erholungsplatz haben. Das ist einfach sein Votum.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Das ist heute Bauland. Es kann Morgen ein Baugesuch kommen. Und hier ist die Idee, dass man mit den Eigentümern verhandelt, um den betreffenden Land-Zipfel eventuell freihalten zu können. Es wäre aber ganz klar entschädigungspflichtig, wenn dies heute gemacht würde. Man müsste schauen, ob ein Realersatz möglich ist. Das wäre das Umgekehrte als das, was die Sorge von Herrn Nussbaum ist.

Herr Nussbaum: Also dann hat er das nicht richtig verstanden.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zur Abstimmung.

ABSTIMMUNG

://: Mit grossem Mehr und 1 Gegenstimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt S9 – Nutzungstransfer Siedlungsgebiet Hinterbergweg - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zu S10, Verwaltung zentralisieren. Es soll versucht werden, die Verwaltungsgebäude, die heute auf verschiedene Standorte verteilt sind, an einem Standort zu zentralisieren. Auch dies selbstverständlich ohne Preisschild. Auch dies würde natürlich geprüft und man darf auch sagen, wenn dieses Projekt jemals in Angriff genommen wird, werden auch wieder Gebäude frei, welche veräussert werden könnten. Es ist ein mittelfristiges Ziel – fünf bis zehn Jahre – nicht schon Morgen. Sie fragt nach Wortmeldung hierzu. Da das nicht der Fall ist, kommt sie sofort zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen will, solle dies bitte mit der Hand zeigen.

ABSTIMMUNG

://: Mit grossem Mehr und einzelnen Gegenstimmen wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt S10 – Verwaltung zentralisieren - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zu S11, Siedlungsbegrenzungslinien. Gibt es hierzu eine Frage?

Herr Borer, fragt an, ob diese Blätter auch elektronisch vorhanden sind. Er meint, es sei gut, wenn man diese auch im Anschluss sehen könnte.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Die Präsentation von Max Furrer ist zum Teil ersichtlich. Aber die Blätter wären nicht leserlich. Es sind aber Bücher verteilt worden. Sie fragt ob es Fragen oder Anträge zur Siedlungsbegrenzungslinie gibt. Das ist nicht der Fall, deshalb kommt sie zur Abstimmung. Wer dem Objektblatt S11 zustimmen will, bestätige das mit Handheben.

A B S T I M M U N G

:/: Mit grossem Mehr und 1 Gegenstimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt S11 - Siedlungsbegrenzungslinien - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: S12, Gewässerzugänge im Siedlungsgebiet sichern. Gedacht ist, dass man an ganz klar definierten Orten wo es Sinn macht, bei Marbach und Birsig, ermöglicht, vielleicht gerade beim Eisweiher, dass man auch einmal an den Bach heran treten kann. Heute ist es nicht möglich, dort zusätzlichen Erholungsraum zugänglich zu machen. Sie fragt nach Anträgen hierzu. Das ist nicht der Fall. Wer zustimmen will, solle das mittels Handerheben zeigen.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr und ohne Gegenstimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt S12 – Gewässerzugänge im Siedlungsgebiet - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zu S13, Gewerbegebiet Mühlematt. Hier ist das Bestreben dafür zu sorgen, dass dort nicht noch mehr Grossverteiler und Fachmärkte entstehen, sondern es soll probiert werden mittels dieser Planungszone die Zeit zu nützen um das Arbeitsplatzgebiet vor allem für Gewerbe und Dienstleistung zu bewahren – zusammen mit der Gemeinde Therwil. Sie fragt nach Wortmeldungen. Das ist nicht der Fall. Wer dem zustimmen will, möge das mit der Hand bestätigen.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr und 1 Gegenstimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt S13 – Gewerbegebiet Mühlematt - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zum nächsten Kapitel – Verkehr. Dies sind die Blätter „V“. Bei V1A / V1B, Strassengestaltung, geht es darum, im Gebiet zwischen Schwanenplatz und Kreisel, zur Förderung der Lebensqualität den Strassenraum innerhalb des Dorfes aufzuwerten und wohnlicher zu gestalten. Es geht auch um die Begegnungszone zwischen dem Eisweiher und der Hauptstrasse und um das Gebiet des Dorfkernes. Es gib keine Fragen und keine Anträge zu diesem Thema, deshalb kommt sie direkt zur Abstimmung. Wer zustimmen möchte, solle dies bitte mit der Hand zeigen.

ABSTIMMUNG

://: Mit grossem Mehr und 3 Gegenstimmen wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt V1A/V1B zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Jetzt kommen die „Ergänzungen öffentlicher Verkehr“, Objektblatt V2. Das sind die beiden Minianträge Vorderbergquartier und Therwilerstrasse, zwischen Therwil und Oberwil. Es gibt keine Anträge, deshalb kommt Lotti Stokar sofort zur Abstimmung.

ABSTIMMUNG

://: Mit grossem Mehr und 2 Gegenstimmen wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt V2 Ergänzungen öffentlicher Verkehr - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, geht weiter zu V3, Zugänge zu Haltestellen sichern. Fussgänger und Velofahrer sollen möglichst direkt und sicher zu den Haltestellen des öffentlichen Verkehrs gelangen. Man will das Umsteigen auf den öV attraktiver gestalten. Es gibt weder Anträge noch Fragen dazu. Lotti Stokar geht direkt zur Abstimmung über.

ABSTIMMUNG

://: Mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt V3 – Zugänge zu Haltestellen sichern - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zu V4, Anforderungen an Sicherheit und Netz des Langsamverkehrs. Hier geht es um das Langsamverkehrskonzept. Die Sicherheit für Fussgänger und Radfahrer soll verbessert und Schulwege gesichert werden – als Dauerauftrag. Es gibt keine Anträge deshalb kommt Lotti Stokar direkt zur Abstimmung.

ABSTIMMUNG

://: Mit grossem Mehr und gegen 1 Stimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt V4 – Anforderungen an Sicherheit und Netz des Langsamverkehrs - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, geht über zu V5, Parkplätze im Zentrum. Wenn die Verwaltung im Zentrum gebaut werden kann, soll überlegt werden ob dort ein unterirdisches Parkhaus erstellt werden kann. Vorher soll jedoch der Quartierplan Zentrum umgesetzt werden, der ja heute schon so erlassen ist, dass die Parkplätze beim Coop unter den Boden verlagert werden sollen.

Das Ziel dieses Objektblattes ist es, dass in diese Richtung weitergearbeitet wird. Es gibt keine Anträge dazu, deshalb kommt Lotti Stokar direkt zur Abstimmung.

ABSTIMMUNG

://: Mit grossem Mehr gegen 5 Stimmen wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt V – Parkplätze im Zentrum - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zu V6, Verbindungsstrasse Langegasse.

Hier geht es um die Verbindung von der Langegasse zur Therwilerstrasse; das kleine Stück, welches im Richtplan vorsieht, dass nach Fertigstellung der Pensionskassen-Häuser, für die es einen Quartierplan gibt, der nächstens umgesetzt wird, die Langegasse direkt an die Therwilerstrasse angeschlossen wird, damit es dort einen „hinteren Ausgang“ gibt. Dieses Verbindungsstrassen-Stück ist hier gemeint. Gibt es Anträge hierzu?

Diego Bucheli: So wie ich die Ziele und die Strategie ansehe, ist das im Zusammenhang mit dem S6 entstanden, diese Strasse zu machen. Und da das S6 eigentlich nicht zur Durchführung kommt, macht das mit der Erweiterung Wilmatt auch keinen Sinn mehr.

Diego Bucheli: Das Thema Langegasse ist wirklich lang. Wenn der Hinterte quer über alle Kissen nach vorne humpeln muss, damit er vorne hinauf oder hinunter kann. Er möchte die Versammlung bitten, zu überdenken, dass endlich einmal eine Halbierung der Langegasse kommt und der hintere Ausgang erschlossen wird. Er weiss von alten Ortsplänen, dass es nämlich vor Jahren eine Querverbindung gegeben hat, welche aber dann mit einer kleinen Mauer zugemacht und abgesenkt worden ist. Es wäre schön, es gäbe in der Langegasse wieder einen Hinterausgang. Er dankt der Versammlung, wenn sie dafür stimmt.

Caroline Keller, ist wohnhaft bei der Hüslimatt. Sie möchte einfach darauf aufmerksam machen, dass das Altersheim erweitert worden ist, sehr viele Schulkinder, Leute im Rollstuhl und sehr viele Fussgänger dort durchkommen. Sie ist klar gegen eine Erweiterung der Strasse und von Verkehr dort, denn die Strassen sind sehr schmal. Es gibt keine Trottoirs. Und deshalb ist sie ganz klar gegen eine solche Verbindung.

Markus Löliger ist sich nicht ganz im Klaren darüber, ob die Vorredner begriffen haben, worum es geht. Es geht nur darum, dass die Langegasse nach hinten, hinauf zur Therwilerstrasse eine Verbindung haben soll, damit ab Altersheim gegen hinten ein Abschluss stattfinden kann. Er denkt, das ist etwas, was für Fussgänger und Velofahrer Sinn macht.

Max Furrer, Gemeinderat, möchte festhalten, dass mit der Öffnung der Langegasse gegen die Therwilerstrasse, dort wo jetzt die Bauten der Pensionskasse Baselland gebaut werden, nicht mehr Verkehr kreiert wird, sondern im Prinzip weniger, weil die Leute, welche nach Therwil wollen, heute nach vorne bis zur Bottmingerstrasse fahren müssen und dann wieder zurück. Diese Fahrten fallen weg, so dass es weniger Verkehr als heute geben wird.

Diego Bucheli: Es ist natürlich cool, wenn man dort nach hinten eine Privatstrasse hat. Man fährt zweimal durch und dann wird man krumm angesehen. Er behauptet, das ist ein bisschen Egoismus. Denn wenn, wie vorhin schon gesagt wurde, die Langegasse halbiert würde, käme eine gewisse Beruhigung in diese Strasse. Heute kann nämlich jeder von hinten nach vorne rasen - es gibt ja Gott sei Dank keine Radarkontrolle, deshalb können Alle frisch-fröhlich weiter mit 50 Km/h fahren – und merkt erst bei der Hallenstrasse, dass einer von rechts kommen könnte. Er ist nach wie vor dafür, dass die Verbindungsstrasse geöffnet wird. Und vor allem, sobald die Versicherung ihre Bauten fertiggestellt hat, wird auch diese danken, wenn die Strasse offen ist, denn dann kommt wieder Ruhe in das Quartier.

Peter Lüscher möchte ergänzend noch sagen, dass beim V2, Ergänzungen öffentlicher Verkehr, für den Ortsbus, der heute bis zum Altersheim fährt, locker nachher Goldbrunnen und hinten nach Bottmingen realisiert werden könnte, wenn das Verbindungsstück zur Therwilerstrasse geöffnet wird; und da würde auch V2 mindestens auf dieser Seite möglich.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, dankt für die Wortmeldungen. Es gibt keine dringenden Wortmeldungen mehr, so dass Lotti Stokar zur Abstimmung kommt.

ABSTIMMUNG

://: Mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt V6 – Verbindungsstrasse Langegasse - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zum V7, dem ominösen Verkehrsmanagement, von dem Max Furrer gesagt hat, es sei ganz futuristisch. Aber an gewissen Orten gibt es das durchaus schon und vielleicht ist es in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden und dem Kanton einmal möglich den Dorfkern zu entlasten. Es ist ein mittelfristiges Projekt von fünf bis zehn Jahren.

Es gibt keine Voten und Anträge dazu, deshalb kommt Lotti Stokar direkt zur Abstimmung.

ABSTIMMUNG

://: Mit 88:11 Stimmen und 10 Enthaltungen wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt V7 –Verkehrsmanagement - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, geht über zum V8, Radverkehr: Abstellanlagen. Hier geht es um zusätzliche Parkmöglichkeiten bei den Haltestellen – auch als Daueraufgabe. Aber auch bei Sportplätzen und Läden. Gibt es hierzu Anträge?

Paul Amrein: Der Antrag von Herrn Scheidegger geht ihm immer noch im Kopf rum - es sollte gleich viel Verkehr geben. Er hat den Verkehr in der Bielstrasse ziemlich im Auge. Er wohnt dort und arbeitet auch dort. Es ist also eine Kolonne am Morgen.

Und wie soll das besser werden? Und jetzt wegen Abstellmöglichkeiten: Gleich nach dem Löliwald hat es eine Bushaltestelle. Könnte man dort nicht auch Autos abstellen? Denn wenn er sieht, dass jedes zweite oder dritte Auto ein französisches Nummernschild hat und darin nur jeweils eine Person sitzt, könnte man diesen Personen auch etwas verlangen.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Hier kann sie ihn dahingehend informieren, dass das Thema auf einer anderen Ebene sehr intensiv bearbeitet wird; in Zusammenarbeit mit Basel-Stadt, Frankreich und Deutschland gibt es Projekte und Studien wo am besten solche Park & Ride-Orte sein sollten. Lotti Stokar glaubt aber nicht, dass es die Meinung ist, diesen Aspekt als Zusatzpunkt beim Radverkehr zu ergänzen.

Paul Amrein meinte, er sei manchmal etwas spät, aber er dachte es sei gerade jetzt noch der letzte Moment.

Es gibt keine weiteren Voten, so kommt Lotti Stokar direkt zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr gegen 1 Stimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt V8 – Abstellanlagen - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zum nächsten Objektblatt L1, Fliessgewässer aufwerten.

Es gibt hierzu keine Voten oder Anträge. Sie kommt deshalb direkt zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr gegen 1 Stimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt L1 – Fliessgewässer aufwerten zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: L2, Bäche ausdolen. Hier geht es vor allem um den Weihermattbach beim Gymnasium, für den schon lange ein Projekt zur Ausdolung besteht. Es kann aber durchaus auch einmal später andere Projekte geben.

Es gibt keine Wortmeldungen. Sie kommt deshalb direkt zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr gegen 5 Stimmen wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt L2 – Bäche ausdolen - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zu L3, Naturschutzgebiete.

Es gibt hierzu keine Voten oder Anträge. Sie kommt darum direkt zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr und ohne Gegenstimmen wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt L3 – Naturschutzgebiete - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, geht über zum L4, Landschaftsschutzgebiete. Es gibt dazu keine Voten oder Anträge. Es wird abgestimmt.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr und ohne Gegenstimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt L4 - Landschaftsschutzgebiete - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zu L5, Vorranggebiete Landschaft – das Erhalten von grossen, zusammenhängenden Landwirtschaftsflächen und der sehr wertvollen Böden ist das Ziel. Es soll im Landschaftsplan ausgeschieden werden, welches die wichtigen landwirtschaftlich geprägten Kulturlandschaften sind.

Hansruedi Borer: Ich bin Landwirt in Oberwil und habe einen klassischen Landwirtschaftsbetrieb in der Fraumatt Ost mit angehängter Staudengärtnerei. Die Staudengärtnerei gehört per Definition nach dem Raumplanungsgesetz zum produzierenden Gartenbau und ist in der Landwirtschaftszone zulässig.

Sein Betrieb produziert dort hauptsächlich Immergrün und Efeu, um zwei Beispiele zu nennen. Hansruedi Borer hat sich intensiv mit dem Richtplan auseinandergesetzt.

Im Birsigtalboten vom 15. März war zu entnehmen, dass im Vorranggebiet Landschaft Bauten und Anlagen für die Landwirtschaft in der kommunalen Nutzungsplanung, also im Zonenplan, noch eine Lesung vorgesehen ist. Der gleichen Information konnte ebenfalls entnommen werden, dass es dafür offenbar eine spezielle Landwirtschaftszone braucht. Solche Zonen sind aber im Vorranggebiet Landschaft und können nicht ausgeschrieben werden. Sein heutiger Betrieb an der Bielstrasse wird eigentlich beengt durch die Trennlinie von der Siedlung / Landwirtschaft. Sein Betrieb hat dort Vorranggebiet Landwirtschaft und überlagert aus dem Kantonalen Richtplan einen Siedlungstrenngürtel. Es ist ihm dort nicht weiter möglich, zu existieren. Er muss eine Betriebsverschiebung akzeptieren. Die einzige Realisierbarkeit, die er bis jetzt herausgefunden hat, liegt im Gebiet Hundsgalgen – Vordere Allmen.

Diese ist aber dort immer wieder verworfen worden. Ihm wird es eigentlich verunmöglicht, eine Lösung für seinen Betrieb zu finden, weil praktisch das ganze Landwirtschaftsgebiet westlich der Hohestrasse mit Vorranggebiet Landschaft überlagert ist. Er muss sich einfach die Frage stellen, wenn das so beschlossen wird, sind für die landwirtschaftlichen Betriebe in Oberwil genau die Grundzielsetzung, die im Richtplan enthalten sind, nicht gegeben. Es ist demnach langfristig vermutlich nicht möglich andere Nutzungen anzustreben als das, was die klassische Landwirtschaft ist. Im öffentlichen Mitwirkungsverfahren hat er dem Gemeinderat den Antrag unterbreitet, dass man ein Leitbild Landwirtschaft, nicht Landschaft, ausarbeitet, worin man auf diese Problematik, diesen Nutzungskonflikt eingeht.

Wenn man die anderen Landwirtschaftsbetriebe in Oberwil ansieht, ist es halt wirklich so, dass mit Ackerbau und Milchwirtschaft niemand mehr leben kann oder fast niemand mehr. Es haben sich eigentlich alle mit Pferdepen-sionen oder mit Hofläden oder Direktverkauf in eine andere Sparte hinein diversifiziert.

Bei diesen anderen Sparten stellt sich bei einem solchen Richtplan dann sofort, wenn der Bauer sich diesen ansieht, die Frage: ist denn dieser neue Richtplan vereinbar mit meiner Nutzung. Genau diese Frage kann der Bauer heute nicht beantworten, weil die Reglemente für die Nutzungsplanung nicht vorliegen. In Allschwil oder in Binningen zum Beispiel hat man andere Wege gewählt, indem das Nutzungsreglement zusammen mit dem Richtplan ausgearbeitet wird. Deshalb möchte er den Antrag stellen, dass das Objektblatt L5 Vorranggebiet Landschaft an den Gemeinderat zurückgewiesen wird, mit dem Auftrag diesen zusammen mit einem Nutzungsreglement der Gemeindeversammlung wieder vorzulegen. Leider muss er jetzt davon ausgehen, dass er keine andere Wahl gehabt habe, als einen solchen Rückweisungsantrag zu stellen, auch wenn der Richtplan immer sagt, er ist nicht parzellenscharf, er ist nicht eigentümergebunden. Aber wenn er so vorgelegt wird, habe er überhaupt keine Planungssicherheit. Er habe am Anfang vom Gemeinderat auch gehört, dass es Planungssicherheit geben soll und dass es auch wirtschaftsfreundlich sein soll. Und er zählt sich trotzdem auch ein wenig zur Wirtschaft. Er denkt, es ist ein berechtigtes Anliegen, diesen Antrag so zu stellen und meint, dass sich die Gemeinde nichts vergibt wenn man das so neu überdenkt.

Max Furrer, Gemeinderat: Die Bestimmungen, die jetzt im Richtplan festgehalten worden sind, sind abhängig vom kantonalen Richtplan und der kantonale Richtplan hat ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass im Vorranggebiet Landschaft keine Spezialzonen zugelassen werden sollen. Dies ist an sich etwas, was Max Furrer ebenfalls bedauert, aber diese Bestimmungen stehen nun einmal fest. Er glaubt dass dann, wenn die Nutzungsplanung, die Zonenplanung, gemacht wird, man wahrscheinlich auch gegenüber dem Kanton mit gewissen Ausnahmegewilligungen argumentieren muss; und zwar nicht nur für ein spezielles Objekt sondern generell. Aber heute etwas zu beschliessen, das gegen den Kantonalen Richtplan ist, wird dazu führen, dass der Kanton das wieder zurückweist und sagt, dass der Kantonale Richtplan wegleitend ist. Das ist ein Konflikt, das ist eine unglückliche Situation. Aber Max Furrer ist der Meinung, dass Lösungen gefunden werden können.

Hans Binggeli spricht jetzt zur Versammlung als Delegierter des Vorstandes der Pestalozzigesellschaft in Oberwil. Für alle, die diese Vereinigung nicht kennen, sei kurz gesagt: das ist ein gemeinnütziger Verein, welcher einerseits Bedürftigen unter die Arme greift, andererseits als zweiten Zweig der Vereinsziele, die Erhaltung des Landwirtschaftslandes zu Handen bäuerlichen Gewerbes anstrebt. Die Gesellschaft hat unter anderen zwei grössere Bauchrechtsnehmer. Der eine sitzt bei den Behörden, der andere ist auf dem Neuhof. Die Gesellschaft hat diverse weitere Pächter von einzelnen Kulturlandparzellen.

In diesem Zusammenhang hat die Gesellschaft die gleiche Problematik gesehen in dem Richtplan wie sein Vorredner vermittelt hat. Wenn die Versammlung dem Richtplan so zustimmt wie er jetzt vom Gemeinderat vorgelegt worden ist, legt sie sich fest in eine Richtung, die das bäuerliche Gewerbe in eine ganz schlechte Richtung bindet. Denn dadurch werden die Weichen gestellt, dass bisherige Betriebe in der bisherigen Ausübung des Berufes nicht weitergeführt werden können oder mindestens, dass nie eine Betriebszweigänderung vorgenommen werden kann. Damit würde die Gemeindeversammlung mit dem Richtplan unter anderem auch Wettbewerbsrecht betreiben und das kann nicht Sinn und Zweck eines Richtplanes sein.

Die Pestalozzigesellschaft hat in den Arbeitsgruppen mitgemacht. Sie hat dort ihre Vorstellungen eingebracht, was gewährleistet sein müsste in einem Richtplan in der Form, wie er jetzt für landwirtschaftliche Gewerbe präsentiert wird. Für das landwirtschaftliche Gewerbe muss eine langfristige, tragfähige Basis gewährleistet sein. Aussiedlungen und auch Neuansiedlungen von Bauerngewerbe soll weiterhin möglich bleiben und es sollen keine Vorschriften erlassen werden, wie der Betrieb letztendlich bewirtschaftet werden muss. Die Bauern haben schon genug Vorschriften und Schranken aus Konsumentenschutzbestimmungen, Tierschutzbestimmungen, Umweltschutzbestimmungen und Naturschutzbestimmungen. Wenn jetzt noch mehr in diese Richtung getan wird, dann engt die Gemeindeversammlung diesen Betriebszweig in einer Form ein, in der er keine Bewegungsfreiheit mehr hat.

Es muss auch die formelle Frage gestellt werden, ob ein Richtplan, mit welchem das dazugehörige Reglement nicht gleichzeitig aufgelegt wird, überhaupt genehmigungsfähig ist durch den Regierungsrat. Die Versammlung kauft die Katze im Sack, wenn sie einem Richtplan zustimmt, ohne dass sie die Detailreglemente kennt. Er hat sich schon vorher einmal erlaubt, ans Mikrofon zu treten, weil er nicht schlau daraus geworden ist, was hier drinnen eigentlich abläuft, nämlich ob man Anträge stellen kann, dass einzelne Punkte zurückgewiesen werden, oder ob der Gemeinderat einfach Gedanken entgegennimmt, wie dann die einzelne Auswertung sein soll. Wenn das Zweite die Meinung ist, muss er klar sagen: Es geht nicht. Wenn die Gemeindeversammlung heute Abend dem Plan und allen Einzelpapieren zustimmt, dann sind diese verbindlich, wenn sie vom Regierungsrat genehmigt werden. Aber Hans Binggeli meint, der Regierungsrat darf keine Genehmigung erteilen, wenn das Reglement nicht gleichzeitig geliefert wird. Die Pestalozzigesellschaft selbst hätte von sich aus keinen Antrag gestellt, weil sie den Einwohnern nicht in die Quere kommen wollte. Nachdem aber jetzt einer ihrer Pächter einen glasklaren Antrag gestellt hat, unterstützt die Gesellschaft diesen. Hans Binggeli bittet die Gemeindeversammlung, dieses Papier zurückzuweisen, dass es neu aufgelegt werden und dass das Reglement dazu geliefert werden muss. Die Gemeindeversammlung hat sich vor ein paar Monaten ausserordentlich splendid gezeigt gegenüber einer Stiftung, die für das Wohl der Bergbauern sorgt. Diese Stiftung hat zu einem absoluten Sonderpreis Land in Oberwil zur Verfügung gestellt erhalten.

Die Gemeinde wird während achtzig Jahren von daher keine Steuergelder bekommen, weil dies eine steuerbefreite Stiftung ist zu Wohltätigkeitszwecken. Die Gemeindeversammlung sollte jetzt nicht ins Gegenteil verfallen und nicht das örtlich anwesende Gewerbe erledigen, welches der Gemeinde Steuern zahlt.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, meint, dass das Blatt zurückgenommen werden kann. Sie persönlich sieht aber keinen Gewinn darin, weil der erste Schritt heisst: kurzfristig wird der Gemeinderat „im künftigen Zonenplan Landschaft Vorranggebiet als Landwirtschaftszone ausscheiden, bei Bedarf Differenzierung der Flächen und der Bestimmungen ausarbeiten und festlegen“.

Offenbar ist der Wunsch, wenn das Blatt L 5 zurückgenommen wird, dass dann ein Entwurf erstellt wird, in dem sowohl ein Nutzungsplan als auch eine Richtplanergänzung gleichzeitig enthalten sind. Wenn sie es richtig verstanden hat, ist dies der Antrag. Damit man gewissermassen schon ganz konkret sieht, wo was möglich ist. Also wird darauf verzichtet, dies zuerst grundsätzlich festzulegen, womit zwei Schritte notwendig wären. Demgegenüber beantragt der Gemeinderat, dass jetzt gesagt wird, dies ist die Richtung und der Zonenplan Landschaft wird später vor die Gemeindeversammlung gebracht.

Hans Binggeli denkt, der Antrag ist von Herrn Borer klar formuliert worden.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin ist nicht sicher, ob für die Anwesenden so klar ist, wie es sich mit dem Vorranggebiet Landschaft verhält.

Hans Binggeli: Es sei einfach nochmals erwähnt, was schon Hansruedi Borer gesagt hat, dass Oberwil die einzige Gemeinde in der Gegend zu sein scheint, die den Weg geht, den Richtplan ohne Reglement durchboxen zu wollen. Alle anderen Gemeinden legen parallel dazu das Reglement auf und man weiss dann was man kauft.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Beim Richtplan ist ihr nicht bekannt, dass es Reglemente gibt, aber es ist hier sowieso nicht vom Richtplan die Rede, sondern nur vom Zonenplan Landschaft, der ein Teil der Nutzungsplanung sein wird, in der Ausführung des Richtplanes. Sie fragt Max Furrer ob er nochmals eine Erklärung abgeben will.

Max Furrer, Gemeinderat: Es ist richtig, was die Frau Gemeindepräsidentin sagt: Es ist nicht vorgesehen, dass parallel zu einem Richtplan auch ein Reglement erstellt wird. Der Richtplan gibt die grossen Linien vor und das Reglement kommt dann nachher, wenn die Zonenvorschriften gemacht werden. Max Furrer weist nochmals darauf hin, dass das Objektblatt L5 praktisch identisch ist mit demjenigen des Kantons. Wenn die Gemeindeversammlung etwas anderes beschliessen will als der Kanton, so ist das in Ordnung. Dann muss abgewartet werden, wie sich der Kanton dazu verhält. Wahrscheinlich wird er das ablehnen.

Peter Ley: Das Kernproblem ist ja eben, wenn sich der Gemeinderat in diesem Richtplan den Auftrag gibt, der sich mit dem Kantonalen Richtplan deckt, hat er sich ja gewissermassen den Auftrag gegeben, sich gegen das zu wehren, was Herr Borer und Herr Binggeli gesagt haben. Der Gemeinderat kann sich ja gar nicht positiv diesen Voten gegenüber stellen. Darum ist es sinnvoll. Der Gemeinderat nimmt das Blatt L5 zurück und regelt es gemeinsam mit dem Kanton.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, fragt die Anwesenden, ob es noch mehr Meinungen zum Thema gibt. Da dies nicht der Fall ist, kommt sie zur Abstimmung.

ABSTIMMUNG

://: Mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen wird das Objektblatt L5 - Vorranggebiet Landschaft - zurückgewiesen

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, geht weiter zu L6, Vernetzungskorridore fördern.

Es gibt hierzu keine Wortmeldung. Sie kommt deshalb direkt zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr ohne Gegenstimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt L6 –Vernetzungskorridore fördern - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zu L7, Hecken und Feldgehölze erhalten.

Es gibt hierzu keine Wortmeldung. Sie kommt deshalb direkt zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr ohne Gegenstimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt L7 – Hecken und Feldgehölze erhalten - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: L8, Baumgruppen sowie Hohlwege mit ihren Gehölzbeständen erhalten und fördern.

Es gibt hierzu keine Wortmeldung. Sie kommt deshalb direkt zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr ohne Gegenstimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt L8 – Baumgruppen sowie Hohlwege mit ihren Gehölzbeständen erhalten und fördern - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin kommt zu L9, Obstbaumgebiete sichern.

Es gibt hierzu keine Wortmeldung. Sie kommt deshalb direkt zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr gegen 1 Stimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt L9 – Obstbaumgebiete sichern - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Kommt zu L10, Artenreiche Waldränder fördern.

Es gibt hierzu keine Wortmeldung. Sie kommt deshalb direkt zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr gegen 1 Stimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt L10 – Artenreiche Waldränder fördern - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: L11, Artenreiche Wiesen fördern.

Es gibt hierzu keine Wortmeldung. Sie kommt deshalb direkt zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr ohne Gegenstimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt L11 – Artenreiche Wiesen fördern - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zum vorletzten Blatt L12, Rebberge am Bernhardsberg erhalten.

Es gibt hierzu keine Wortmeldung. Sie kommt deshalb direkt zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr und 1 Gegenstimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Objektblatt L12 – Rebberge am Bernhardsberg erhalten - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Sachblatt E1, Energie erstellen.

Es gibt hierzu keine Wortmeldung. Sie kommt deshalb direkt zur Abstimmung.

A B S T I M M U N G

://: Mit grossem Mehr und 1 Gegenstimme wird dem Antrag des Gemeinderates betreffend Sachblatt E1 - Sachplan Energie erstellen - zugestimmt

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Jetzt sind alle Objektblätter durchgearbeitet. Sie geht über zur Schlussabstimmung zu diesem Richtplan.

Rudolf Mohler, ehem. Gemeindepräsident: Die Versammlung hat den Punkt wegen der Landwirtschaft zurückgewiesen. Wenn sie jetzt darüber abstimmen lässt, mit Ausnahme dieses Punktes, so muss dies protokolliert sein. Das ist alles was er sagen wollte.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin: Eben, so wollte sie es sagen: So wie die Objektblätter durch die Gemeindeversammlung bereinigt worden sind. Es wurde auch die Wilmatt herausgenommen. Dies wird so korrekt protokolliert. Nochmals ein Einspruch.

Herr Nussbaum ist jetzt etwas misstrauisch geworden. Gerade vorher hat man ihm klar gemacht, dass die Versammlung irgendwie eine Katze im Sack kaufe, resp. der Gemeinderat. Wenn die Gemeindeversammlung das jetzt annimmt und eigentlich keine Kenntnis des Richtplanreglements hat, fragt er sich, ob die Versammlung wirklich ja sagen muss und ob es nicht gescheiter wäre, nein zu sagen.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, hat jetzt das Gefühl, dass ein Missverständnis besteht. Es gibt kein Reglement zu einem Richtplan. Der Raumplaner, der den Gemeinderat beraten hat, ist hier anwesend, und er nickt: es gibt kein Reglement.

Es wird als nächsten Schritt eine Überarbeitung der Zonenpläne unserer Gemeinde geben, und dann wird wieder ein Reglement Zonenvorschriften Siedlung erstellt.

Diese wird dann an der Gemeindeversammlung beschlossen werden. Das ist ein längerer Prozess. Es ist keine Katze im Sack, sondern die Versammlungsteilnehmenden haben jetzt ganz viele Richtlinien gehört. Wenn Sie jetzt dem Gesamtwerk zustimmt, kann der Gemeinderat in diese Richtung arbeiten und die Gemeindeversammlung wird noch oft zu den Details Stellung nehmen können. Lotti Stokar fragt die Anwesenden ob sie die Schlussabstimmung durchführen darf oder ob es ein noch Einwände gibt. Da dem nicht so ist, lässt sie die Versammlung über den so bereinigten Kommunalen Richtplan abstimmen.

ABSTIMMUNG

://: MIT GROSSEM MEHR UND VIER GEGENSTIMMEN WIRD DEM BEREINIGTEN KOMMUNALEN RICHTPLAN (ORIGINALVERSION, ABZÜGLICH DEM ABGELEHNTEN OBJEKTBLATT S6 – WILMATT – UND NACH RÜCKWEISUNG VON OBJEKTBLATT L5 – VORRANGGEBIET LANDSCHAFT) ZUGESTIMMT

61 Traktandum 6: Diverses

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, kommt zum Traktandum 6 Diverses. Sie fragt nach Wortmeldungen.

Indre Steinemann hat im Dezember 2011 einen Antrag gestellt, dass über die Zubringerdienstzone die Gemeindeversammlung entscheiden soll und nicht der Gemeinderat. Der Gemeinderat hat aber keine Vorlage ausgearbeitet, sondern hat eine Verfügung erlassen, welche die Abstimmung verhindert. Unter anderem wird dementiert, dass die Kompetenzen an der Gemeindeversammlung in der Gemeindeordnung und nicht im Verkehrsreglement geregelt sind, und nicht wie das von ihr beantragt worden ist. Damit der Fokus dieser Diskussion sich auf das Anliegen konzentrieren kann, nämlich auf den Quartierschutz und nicht auf Formalitäten, stellt sie einen zweiten Antrag, worin sie beantragt, dass die Gemeindeversammlung über den Zubringerdienst entscheidet und das muss nämlich in der Gemeindeordnung auch geregelt sein. Soweit lautet ihr Antrag, dass die Gemeindeordnung in § 7 mit einer neuen Ziff. 21 so zu ergänzen ist, dass der Erlass von Fahrverboten mit dem Vermerk „Zubringerdienst gestattet“ im Sinne von § 17 der Signalisationsverordnung des Bundes Sache der Gemeindeversammlung ist.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, wollte eigentlich nicht Stellung nehmen zum § 68-Antrag, der im Dezember 2011 eingereicht worden ist, weil das im Moment noch nicht definitiv entschieden ist. Der Gemeinderat wird die Versammlung wieder informieren sobald er mehr weiss. Er ist der Meinung, dass es so wie es formuliert ist, nicht in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung fallen kann. Hier kann man vielleicht verschiedener Meinung sein und dies ist von einer oberen Instanz noch nicht definitiv entschieden. Es besteht hier eine Beschwerdemöglichkeit. Vielleicht ist es für die Versammlung etwas unklar, auch in Bezug auf Veröffentlichungen im Bibo, weil man den Eindruck gewinnen konnte, dass das bei anderen Gemeinden möglich ist.

Der Gemeinderat hat diese Artikel auch gelesen und entsprechend geprüft und er ist trotz allem der Auffassung, dass so wie der Antrag im Dezember eingereicht worden ist, dieser nicht in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung gehört. Aber wie gesagt, das Ganze ist noch nicht definitiv entschieden und deshalb möchte sie dies auch heute nicht weiter ausführen und die Anwesenden noch um etwas mehr Geduld bitten. Unabhängig davon, hat der Gemeinderat an der Informationsveranstaltung vom 6. März 2012 informiert, welches die Haltung des Gemeinderates in Bezug auf diese Zubringerdienstzone ist. Morgen wird im BiBo nochmals eine Information erscheinen, in der zusammengefasst ist, was an der Veranstaltung gesagt worden ist. Gleichzeitig ist ein Schreiben des Gemeinderates an die Petitionsverantwortlichen unterwegs, welches die Haltung des Gemeinderates in dieser Sache nochmals zum Ausdruck bringt.

Jakob Binkert: Die Versammlung hat heute Abend den Richtplan mit grossem Mehr angenommen. Was überhaupt nicht zur Sprache gekommen ist, sind die dazugehörigen Finanzen. Ihn würde interessieren, ob eigentlich der Richtplan im Finanzplan unserer Gemeinde enthalten ist. Denn ein grosser Teil dieser Beschlüsse soll in zwei bis fünf Jahren realisiert sein. Das heisst, die Kosten müssten bereits im Finanzplan vorgesehen sein. Wie steht es mit den Finanzen für den ganzen Richtplan?

Max Furrer, Gemeinderat: Dies ist selbstverständlich eine gute Frage. Es ist natürlich nicht die Meinung, dass der Gemeinderat zu gegebener Zeit sagt, diese oder jene Ausgaben seien das Resultat der verschiedenen Anträge und Vorlagen die heute unterbreitet worden sind. Sondern es wird jedes einzelne Projekt und Vorhaben in diesem Zusammenhang der Gemeindeversammlung vorgelegt werden. Dann kann die Gemeindeversammlung über die Kosten entscheiden und ob diese so ausgegeben werden sollen. Jetzt ist noch nicht der Moment bezüglich des Richtplanes zu sagen, die Kosten seien so und so hoch, denn die Gemeindeversammlung wird über jedes einzelne Projekt entscheiden, auch hinsichtlich der finanziellen Überlegungen, die dahinter stehen.

Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin, möchte ergänzen, dass der Richtplan kein Investitionsprogramm ist. Viele Dinge sind Planungsgrundlagen, für die Geld ausgegeben werden muss, damit man nachher sehen kann, wie der Raum der Gemeinde gesichert werden kann. Das ist allerdings allein noch nicht so teuer. Die Verlegung der Fussballplätze oder der Bau der neuen Verwaltung zu finanzieren wird dann Einiges mehr kosten. Auch ist der kurzfristige Zeithorizont zwei bis fünf Jahre. Also fünf Jahre bedeutet dann immer am Ende des Finanzplanes.

Es gibt keine weiteren Voten zu Diverses.

Lotti Stokar bedankt sich herzlich bei Frau Lis Buess für den hübschen Ostergruss mit „Schoggielli“ auf dem Tisch des Gemeinderates.

Die nächste Gemeindeversammlung findet am Donnerstag, 14. Juni 2012 statt.

Schluss der Versammlung: 22.45 Uhr.

Die Richtigkeit des Protokolls bestätigen

GEMEINDERAT OBERWIL

Die Präsidentin:

Der Verwalter:



Lotti Stokar

Hanspeter Gärtner